

Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang; Kuntze, Oscar-Erich; Sturm, Jan-Egbert

Article

Prognose 2002/2003: Chancen für einen neuen Aufschwung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang; Meister, Wolfgang; Kuntze, Oscar-Erich; Sturm, Jan-Egbert (2002) : Prognose 2002/2003: Chancen für einen neuen Aufschwung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 15, pp. 19-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163810>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wolfgang Nierhaus, Wolfgang Meister, Oscar-Erich Kuntze und Jan-Egbert Sturm¹

In Deutschland ist der Aufschwung zögerlich unterwegs. Die konjunkturelle Lage ist nach wie vor von großer Labilität geprägt, die Erholung nicht gefestigt. Trotz alledem deuten die bisher vorliegenden Indikatoren darauf hin, dass sich die begonnene wirtschaftliche Erholung fortsetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2002 voraussichtlich um 0,7% steigen; die niedrige Wachstumszahl folgt aus dem niedrigen Niveau zu Jahresbeginn. Der Aufschwung gewinnt im Jahr 2003 temporär an Breite und Tiefe. Allerdings wird das konjunkturelle Tempo von Quartal zu Quartal bereits wieder langsamer, weil die anregenden Impulse seitens der Weltwirtschaft schwächer werden und die fortschreitende Haushaltskonsolidierung dämpft. Für das nächste Jahr wird eine Zuwachsrate von 2,3% veranschlagt.

Es gibt aber durchaus beachtliche Risiken für die Prognose: Der ifo Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe, das in Deutschland der »Cyclemaker« ist, fiel im Juli zum ersten Mal seit vergangem Herbst wieder zurück. Sollte es zu einer weiteren signifikanten Eintrübung des Geschäftsklimas kommen, müsste sogar mit einem Stocken des Aufschwungs gerechnet werden. Zusätzliche Risiken für die Konjunktur gehen von den großen Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im Gefolge der Bilanzmanipulationen in den USA aus; auch eine weitere kräftige Aufwertung des Euro könnte die hier vorgelegte Prognose gefährden.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet der nur langsam vorankommende Aufschwung nichts Gutes: Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2002 mit 4,035 Mill. um mehr als 180 000 höher sein als im Jahr 2001; die Zahl der Erwerbstätigen sinkt um ca. 140 000 oder umgerechnet 0,4%. Erst im nächsten Jahr ist mit einer leichten Besserung am Arbeitsmarkt zu rechnen. Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum verhalten sein. Das Budgetdefizit des Staates dürfte erst im nächsten Jahr wieder unter die 2-Prozent-Marke fallen.

Talsole ist durchschritten

Der weltweite Abschwung, der Mitte 2000 in Nordamerika begonnen und, zeitlich versetzt und in unterschiedlichem Ausmaß, alle Regionen der Welt ergriffen hatte, ist zu Ende. Seit Jahresanfang 2002 legt die Weltproduktion wieder zu, befördert von der Geldpolitik, die nahezu überall anregend wirkt. In den USA ist die Finanzpolitik zudem auf einen extrem expansiven Kurs eingeschwenkt. Hier zog die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im Gefolge der Anschläge vom 11. September kurzfristig gesunken war, bereits im vierten Quartal 2001 wieder spürbar an. Im ersten Quartal 2002 betrug das Wirtschaftswachstum in den USA, getrieben von den privaten und öffentlichen Konsumausgaben und vom positiven Swing beim Lager, auf Jahresrate hochgerechnet sogar 6,1%, was die konjunkturelle Grundtendenz allerdings spürbar überzeichnet. Japan fand nach der Jahreswende aus der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg heraus; die asiatischen Schwellenländer hatten die konjunkturelle Talsole bereits Ende 2001

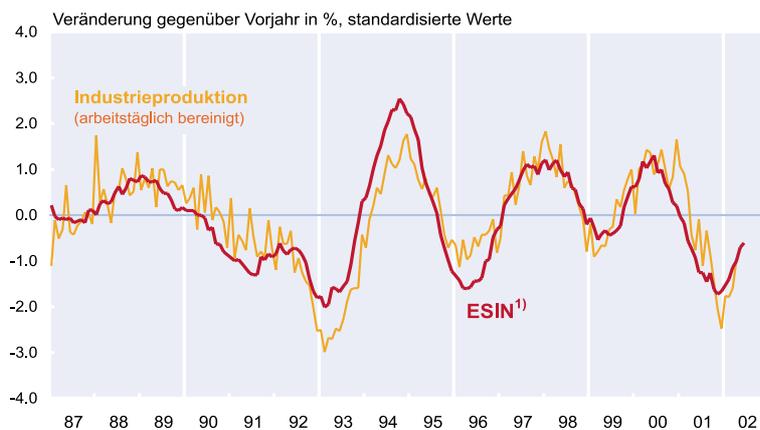
durchschritten. Selbst in Lateinamerika scheint der Tiefpunkt allmählich erreicht zu sein.

Im Euroraum ist die zyklische Wende inzwischen ebenfalls vollzogen worden, das Wirtschaftsklima stieg wieder (vgl. Abb. 1).² Auch hier hatte die Geldpolitik im vergangenen Jahr die monetären Zügel gelockert, wenngleich bei weitem nicht so stark wie in den USA. Die Finanzpolitik beschränkte sich lediglich darauf, die konjunkturbedingte Ausweitung der staatlichen Budgetdefizite hinzunehmen. Die Industrieproduktion im Euroraum stieg im ersten Quartal 2002 saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode um 2,4%; die bisher vorliegenden Daten für April und Mai lassen allerdings Stagnation im zweiten Vierteljahr erwarten. Die Auslastung der Industriekapazitäten war bis zuletzt

¹ Unter Mitarbeit von Erich Langmantel und Monika Ruschinski.

² Das von der EU-Kommission monatlich ausgewiesene EUR-12-Wirtschaftsklima (ESIN) ist zur Entwicklung der realen Industrieproduktion im Euroraum nahezu koinzident, es hat aber aufgrund der schnelleren Veröffentlichung einen technischen Vorlauf von zwei Monaten.

Abb. 1
Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESIN)¹⁾
und Industrieproduktion im Euroraum



1) Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung setzt sich aus den Indikatoren für das Vertrauen in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Einzelhandel und dem Verbrauchervertrauen zusammen.

Quelle: Europäische Kommission, Eurostat und Berechnungen des ifo Instituts.

noch leicht rückläufig; in den Vereinigten Staaten nimmt der Auslastungsgrad dagegen bereits seit der Jahreswende wieder zu. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wie auch in der Europäischen Union insgesamt hat im ersten Quartal 2002 gegenüber dem Jahresendquartal 2001 saisonbereinigt um 0,3% (Jahresrate: 1,3%) zugenommen. Im Quartal zuvor war die Produktion in beiden Regionen noch gesunken. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 2001 ergab sich für das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum eine Zunahme in Höhe von 0,3% und in der EU von 0,4%.

Maßgeblich für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im konjunkturellen Verlauf war der positive Impuls des Außenbeitrags (0,5 Prozentpunkte), der den negativen Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage in Höhe von 0,2 Prozentpunkten überkompensieren konnte. Die europäischen Exporte gerieten mit dem Anziehen der Weltkonjunktur in Schwung; gegenüber dem Jahresendquartal 2001 stellte sich ein Plus von 2% (laufende Jahresrate) ein. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit stieg von Mai 2001 bis Mai 2002 um knapp 0,6 Mill. Personen; die Zahl der Arbeitslosen lag zuletzt bei 11,6 Mill. Die Arbeitslosenquote betrug 8,3%.

In Deutschland, dessen Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2001 – anders als alle anderen europäischen Volkswirt-

schaften – in eine Rezession geraten war³, ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2002 nach Angaben des Statistischen Bundesamts in ähnlicher Größenordnung gestiegen. Saisonbereinigt beläuft sich das Plus auf 0,7% (Jahresrate).⁴ Damit ist der Abschwung – gemessen an der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion – auch hier zu Ende gegangen.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts hat der private Konsum besonders enttäuscht; wie schon in der zweiten Jahreshälfte 2001 ist er erneut gesunken. Schwach steigende Haushaltseinkommen im Gefolge sinkender Beschäftigtenzahlen ließen für größere Sprünge keinen Raum, hinzu kam der Kaufkraftverlust durch das temporäre Anziehen der Inflation. Zu Jahresbeginn waren verschiedene Verbrauchsteuern angehoben worden,

auch verteuerten sich Saisonwaren deutlich. Von der Einführung des Euro-Bargelds sind dagegen – wie vom ifo Institut erwartet – keine größeren Preiseffekte ausgegangen. Zwar ist es bei bestimmten Dienstleistungen und Lebensmitteln zu Preiserhöhungen gekommen; der Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex blieb jedoch begrenzt. Gleichwohl hat die Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs – in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit – bei vielen Verbrauchern zusätzlich Attentismus ausgelöst und so den Konsum gedämpft. Die Käufe im Einzelhandel, die konjunktur reagibler sind als die Ausgaben im Dienstleistungssektor, sind im ersten Quartal 2002 jedenfalls deutlich gesunken. Die Sparquote ist gestiegen.

Die Lage am Arbeitsmarkt, die der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nachläuft, hat sich nach der Jahreswende weiter verschlechtert. Seit dem letzten Beschäftigungshöhepunkt im ersten Vierteljahr 2001 verringerte sich die Erwerbstätigenzahl um 175 000 oder 0,5%; noch stärker war der Rückgang in den produzierenden Bereichen, und hier insbesondere im Baugewerbe. Dagegen wurden im Dienstleistungssektor weiter Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit stieg von der Grundtendenz nach weiter an; dies wurde allerdings im März durch verstärkte Aktivitäten der Arbeitsämter im Zusammenhang mit dem Job-AQTIV-Gesetz verdeckt. Seither ist die Arbeitslosenzahl wieder gestiegen und übersprang im Mai 2002 zum ersten Mal seit Dezember 1999 die 4-Millionen-Marke.

³ Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im dritten Quartal 2001 saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 0,7% gesunken; im vierten Quartal betrug der Rückgang 1,0% (alle Angaben nach Census X-12-ARIMA). Zugleich fiel die Kapazitätsauslastung unter den langjährigen Durchschnitt. Damit war in der zweiten Jahreshälfte 2001 das Rezessionskriterium der Institute (Rückgang des saisonbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts über wenigstens zwei Quartale bei unterdurchschnittlich ausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten) erfüllt (vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (Gemeinschaftsdiagnose) 2001).

⁴ Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum sank im ersten Quartal 2002 die gesamtwirtschaftliche Produktion aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus und einer geringeren Zahl von Arbeitstagen um 1,2%. Ohne den Kalendereffekt hätte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr um 0,2% unter dem des Vorjahresquartals gelegen.

Weltwirtschaft: Konjunktur zieht wieder an

Die Weltwirtschaft befindet sich in der Anfangsphase eines neuen Aufschwungs. Obwohl sie unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11. September Belastungen ausgesetzt war wie seit der ersten Ölkrise Mitte der siebziger Jahre nicht mehr, kam es nicht zu einer weltweiten Rezession. Wie schon im vergangenen Jahr ist für die Prognose der Wirtschaftsentwicklung im Euroraum und auch in Deutschland vor allem entscheidend, wie rasch und stark sich die Konjunktur in den USA bessert.

Hier hatte die Fed den Leitzins im Jahr 2001 in mehreren Schritten von 6,5 auf 3,5% (21. August) gesenkt – war also auf eine ausgesprochen expansive Linie gegangen –, und die Finanzpolitik hatte mit einer Einkommensteuerreform spürbare konjunkturelle Impulse gegeben. Nach den Anschlägen vom 11. September wurde die Bankrate bis Ende 2001 auf 1,75% zurückgenommen. Die Finanzpolitik sekundierte mit zusätzlichen umfangreichen Stützungs- und Ankurbelungspaketen, denen zu Beginn dieses Jahres weitere folgten. Damit sind günstige Voraussetzungen für eine Festigung der Konjunktur in den USA gegeben. Ein ähnlich kräftiges Wachstumstempo wie im ersten Quartal 2002 dürfte im Prognosezeitraum jedoch nicht mehr zu verzeichnen sein. Denn der Zuwachs in Höhe von 6,1% (vgl. Abb. 2) resultierte insbesondere aus einer abrupten Verlangsamung des über fünf Quartale laufenden starken Lagerabbaus. Ein nochmaliger gleichermaßen kräftiger Tempowechsel dürfte unwahrscheinlich sein. Das Wachstumstempo dürfte sich im Sommerhalbjahr 2002 spürbar verlangsamen. Hierzu trägt auch bei, dass der bisherige Wachstumsmotor Privatkonsum nicht zuletzt aufgrund der Kursverluste an den Börsen wohl zunächst nur mit gedrosselter Drehzahl laufen dürfte (vgl. Kasten: Aktienkurse und Konjunktur); zu einem Umkippen der Konjunktur (»Double Dip«-Szenario) bis hin zu einem Abgleiten in die Deflation kommt es aber wegen der überaus expansiven Geld- und Finanzpolitik nicht. Erst im vierten Quartal wird die Produktion wieder beschleunigt anziehen. Dies und schneller steigende Preise werden wohl im Winter zu einer vorsichtigen Straffung der monetären Zügel führen. Dabei dürfen die Kapitalmärkte nicht belastet werden, um den Investitionsaufschwung bei sich nur zögerlich

verbessernden Absatz- und Ertragserwartungen und nur langsamer Überwindung der Krise im IT-Bereich nicht zu ersticken. Auch könnte eine merkliche Verteuerung der Verbraucherkredite die Konsumkonjunktur gefährden. Die dämpfende Wirkung fällt im nächsten Jahr mit schwächeren Impulsen von der Finanzpolitik zusammen, so dass

Kasten: Aktienkurse und Konjunktur

Die Aktienkurse in den USA und im Euroraum – gemessen an den marktumfassenden Börsenindizes *Standard & Poor's 500* und *Dow Jones Euro-STOXX* – sind inflationsbereinigt in der vergangenen Woche auf den Stand von 1997 zurückgefallen (vgl. Abb. 3). Kursverluste an der Börse können sich auf dreierlei Weise auf die Konjunktur auswirken: erstens durch den *Vermögenseffekt*, zweitens durch den *Kapitalkosteneffekt* und drittens durch den *Vertrauenseffekt* (vgl. Leibfritz et al. 1997, S. A15 f.).

Vermögenseffekt

Kursverluste an der Börse senken den Marktwert des Aktienvermögens. Aktienbesitzer sind wegen der nun niedrigeren Buchwerte ärmer als vor dem Kursrückgang, wenn auch nicht unbedingt ärmer als vor dem Aktienkauf. Falls die Verluste – zumindest teilweise – als dauerhaft angesehen werden, könnten Verbrauchsausgaben eingeschränkt werden, um über zusätzliches Sparen die Vermögensverluste wieder auszugleichen. Der Rückgang des privaten Konsums könnte darüber hinaus zu einem Sinken der Investitionen führen. Bei den möglichen realwirtschaftlichen Rückwirkungen der Kursverluste ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass der Aktienbesitz bei privaten Haushalten weltweit sehr ungleich verteilt ist. In den USA betrug Ende 2001 das direkt von privaten Haushalten gehaltene Aktienvermögen 5 888 Mrd. US-\$, das waren 18,6% des privaten Geldvermögens. In Deutschland belief sich das reine Aktienvermögen zum gleichen Zeitpunkt auf 337 Mrd. €, was lediglich 9,2% des privaten Geldvermögens entsprach. Es ist von daher damit zu rechnen, dass negativ wirkende Vermögenseffekte auf den Privatkonsum eher in den USA wirksam werden als in der Bundesrepublik. Immerhin ist in den USA der vielbeachtete *Consumer Sentiment Index* der Michigan Universität im Juli nicht zuletzt aufgrund der Börsenturbulenzen beträchtlich gesunken; vor allem die Erwartungen der Konsumenten haben sich verschlechtert. Allerdings war dieser Konsumindikator in der Vergangenheit ziemlich volatil. Wichtiger für die Entwicklung des privaten Konsums in den USA dürfte zurzeit die Bedeutung der – weiter steigenden – Immobilienpreise sein.

Kapitalkosteneffekt

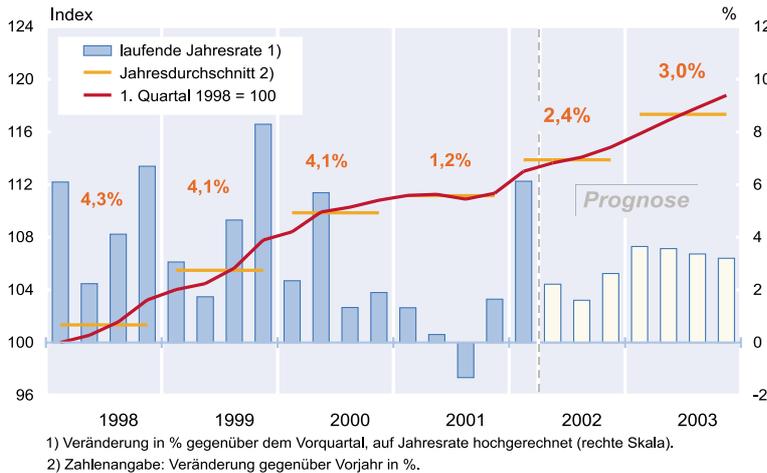
Bei stark verschlechtertem Börsenumfeld wird die (Innen-)Finanzierung von Unternehmensinvestitionen über die Ausgabe von neuen Aktien schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Davon geht eine dämpfende Wirkung auf die Investitionen aus. In Deutschland betrug im Jahr 2000 – neuere Daten liegen noch nicht vor – die vertikale Eigenmittelquote der Unternehmen allerdings nur 17% (vgl. Deutsche Bundesbank 2002, S. 43 f.). Wichtiger ist, wie sich der Kurseinbruch auf den Kapitalmarktzins und damit auf die Fremdfinanzierungskosten auswirkt. Zu einer Erhöhung der Kapitalmarktzinsen kommt es dann, wenn die Banken ihre Verluste an den Börsen durch die Erhöhung ihrer Zinsmargen an die Kreditnehmer weitergeben oder wenn – bei allgemein steigender Unsicherheit – die Risikoprämien angehoben werden. Zu einer Senkung der Kapitalmarktzinsen kommt es dagegen dann, wenn die Anleger wegen des erhöhten Risikos von Aktien ihr Portfolio zugunsten sichererer festverzinslicher Wertpapiere umschichten, so dass deren Kurse steigen, was einen Renditerückgang impliziert. Niedrigere Kapitalmarktzinsen (oder ein geringerer Anstieg als in dieser Prognose angenommen) wären auch dann zu erwarten, wenn die Geldpolitik weltweit auf die Kursrückgänge mit einer expansiven Politik reagiert. So verfolgten die Notenbanken der Industrieländer nach dem Börseneinbruch vom Oktober 1987 eine koordinierte Expansionsstrategie. Weltweite Leitzinssenkungen sind aus heutiger Sicht allerdings unwahrscheinlich; vielmehr ist damit zu rechnen, dass im Prognosezeitraum Zinserhöhungen noch geringer als hier erwartet ausfallen oder später vorgenommen werden.

Vertrauenseffekt

Starke Kursverluste an den Börsen können die Wirtschaftsaktivität schließlich dadurch beeinträchtigen, dass die Unsicherheit der Marktakteure allgemein steigt. Der Börseneinbruch hat sich allerdings bisher z.B. in den Wirtschaftsklimaindikatoren für Deutschland (wie z.B. im ifo Geschäftsklima) nicht in größerem Ausmaß negativ bemerkbar gemacht. Die in diesem Jahr zu verzeichnenden starken Kursabschläge des DAX sind zur Grundtendenz des ifo Geschäftsklimaindex gegenläufig, was indiziert, dass sich die Börsenkurse von den ökonomischen Fundamentaldaten zurzeit gelöst haben.

Abb. 2

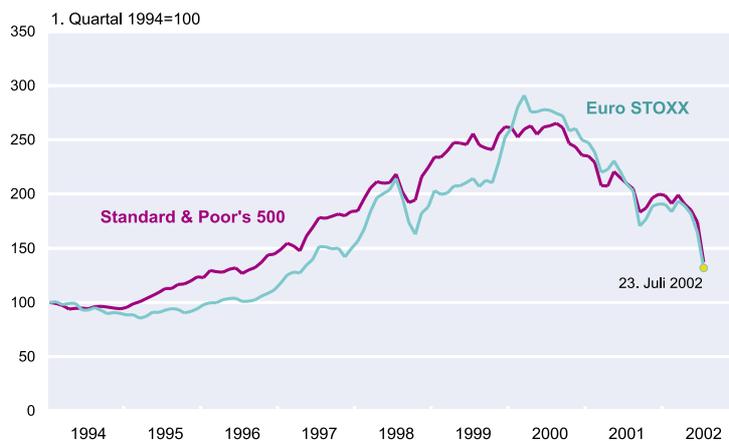
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: BEA; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2002).

Abb. 3

Dow Jones Euro STOXX und Standard & Poor's 500
Inflationsbereinigt



Quelle: Europäische Zentralbank, Eurostat, Bureau of Labor Statistics, Berechnungen des ifo Instituts.

die konjunkturelle Dynamik dann allmählich wieder nachlässt, aber immer noch lebhaft bleibt. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den USA im laufenden Jahr um 2,4% zunehmen, im nächsten Jahr – nicht zuletzt infolge des hohen Überhangs – um 3,0% (vgl. Kasten: Annahmen der Prognose). Weil die USA – die 2001 etwa 10,5% der deutschen Güterexporte abnahmen – im weltweiten Aufschwung vorangehen, wird die Einfuhr stärker als die Ausfuhr zunehmen. Das Defizit in der Leistungsbilanz bleibt damit hoch und drückt weiter auf den Kurs des US-Dollar.

Japan, auf das 2% der deutschen Warenausfuhr entfallen, war im vergangenen Jahr zu einem gewichtigen weltwirtschaftlichen Risiko geworden. Mit der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg fand die seit 1992 zu beobach-

tende ausgeprägte Wachstumsschwäche ihren bisherigen Höhepunkt. Gegenüber dem Vorjahr sank das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,5% (vgl. Abb. 4), und die seit 1999 laufende Deflation hielt an, obwohl die Wirtschaftspolitik stimulierte: Die Zentralbank senkte den Diskontsatz auf 0,1% und stellte in großem Umfang zusätzliche Liquidität bereit, und im Herbst wertete der Yen gegenüber dem US-Dollar spürbar ab. Die Finanzpolitik lockerte trotz des Haushaltsdefizits von ca. 7% und der bei 130% des BIP liegenden Staatsverschuldung ihren Kurs erneut leicht. Offenbar haben die herkömmlichen geld- und finanzpolitischen Instrumente im Kampf gegen die schwere Strukturkrise des Unternehmens- und Bankensektors sowie die Zurückhaltung der Konsumenten ihre Möglichkeiten ausgeschöpft. Von dieser Seite sind also kaum weitere Impulse mehr zu erwarten, und die strukturellen Probleme bleiben eine Bedrohung für die japanische Wirtschaft und die Weltkonjunktur.

Gleichwohl zog die gesamtwirtschaftliche Produktion im 1. Quartal 2002 nach ersten vorläufigen Schätzungen kräftig an. Motor des Wachstums war der Export. Auch die öffentlichen Investitionen konnten kräftig zulegen. Die Anlageinvestitionen hingegen sanken, wenngleich abgeschwächt, noch weiter. Angesichts der ungelösten Strukturprobleme ist im Prognosezeitraum mit einer nur verhaltenen Gangart der Konjunktur in Japan zu rechnen, bei weiterhin sehr erraticem Verlauf. Infolge des erheblichen Unterhangs zu Jahresbeginn dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Japan im laufenden Jahr nur um 0,4% steigen. Dabei verschlechtert sich die Lage

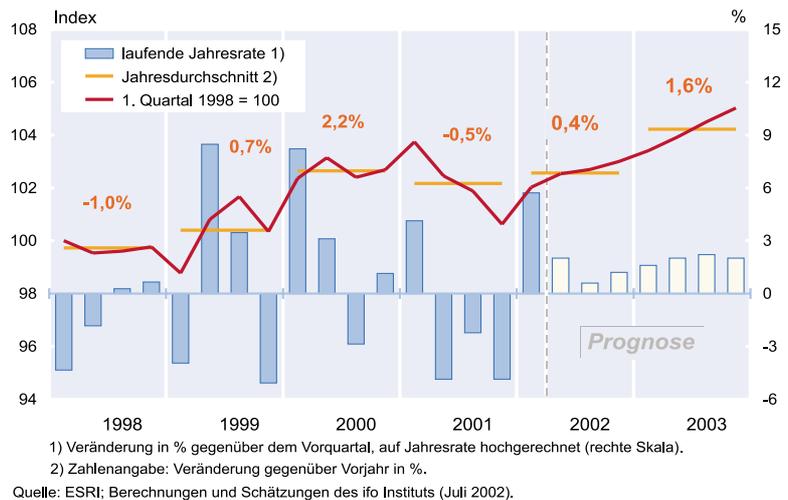
auf dem Arbeitsmarkt weiter, und die Deflation hält an. Im Jahr 2003 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion bei stark expandierender Ausfuhr und sich weiter langsam erholender Inlandsnachfrage um 1,6% zunehmen. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Lage erneut ungünstiger, und die Deflation setzt sich fort.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern verläuft die Entwicklung weiterhin sehr unterschiedlich. So wurde in den asiatischen Schwellenländern (ohne China), die 2001 etwa 4% der deutschen Güterausfuhr abnahmen, die konjunkturelle Talsohle Anfang 2002 durchschritten, nachdem das Wirtschaftswachstum 2001 stark an Schwung verloren hatte und einige wichtige Länder sogar in eine Rezession geraten waren. Ausschlaggebend für die Verbesserung in diesem Jahr ist der expandierende Absatz elektronischer Erzeugnisse, der für

die Produktion und die Ausfuhr vieler Länder von großer Bedeutung ist. Der exportinduzierte Konjunkturaufschwung wird sich im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung und der günstigeren Absatzlage im IT-Sektor weiter beschleunigen. Dabei steigen die Lieferungen in die Vereinigten Staaten besonders stark, während die Nachfrage in Japan erst im späteren Verlauf des Jahres allmählich anzieht. Allerdings kommen verschiedentlich auch von der Wirtschaftspolitik Impulse. So wurden in Malaysia, Thailand und Singapur Stimulierungsprogramme aufgelegt, die zunehmend wirken. Auch die Geldpolitik wirkt anregend. Doch bleiben die Impulse durch niedrige Zinsen und reichliche Liquiditätsversorgung zumindest im laufenden Jahr schwach, da es nach wie vor an solventen Kreditnehmern und aussichtsreichen Projekten mangelt, wie auch die weiter gesunkenen Zuflüsse von Auslandskapital zeigen. Außerdem scheint erneut das Klimaphänomen »El Niño« aufzutreten, das vor allem die Landwirtschaft schwer schädigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte heuer in den asiatischen Schwellenländern um reichlich 3% expandieren – nach rund 1% im vergangenen Jahr – wobei Südkorea mit einer etwa doppelt so hohen Rate die Spitzenposition einnehmen wird. Bedingt durch die Festigung der weltwirtschaftlichen Expansion wird sich der Aufschwung in kräftigem Tempo fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung dürfte im Jahr 2003 um etwa 4,5% steigen.

Im Nahen Osten, wohin im vergangenen Jahr ca. 1,5% der deutschen Warenausfuhr geliefert wurde, bestehen auf kurze Frist keine Aussichten für eine nennenswerte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Lähmend wirken nicht nur der anhaltend scharfe israelisch-palästinensische Konflikt sowie die amerikanische Kriegsdrohung gegen den Irak, sondern auch die Rezession in Israel. In Saudi-Arabien geht die gesamtwirtschaftliche Produktion infolge der kräftig gedrosselten Ölausfuhr zurück. Wegen der stark angespannten finanziellen Lage des Staates ist in beiden Fällen ein nennenswertes finanzpolitisches Gegensteuern nicht möglich. In den kleineren Ländern am Persischen Golf, aber auch im Iran stellt sich die Lage zwar erheblich besser dar, auch weil die finanzielle Situation hier wesentlich günstiger und die Diversifizierung der Volkswirtschaften weiter gediehen ist. Aber das Palästina-Problem, die indisch-pakistanischen Spannungen sowie die noch nicht bereinigte Lage in Afghanistan wirken dämpfend. Zudem dürften die Ölförderländer Marktanteile an nicht der OPEC angehörende Ölexportländer verlieren. Unter der Voraussetzung, dass sich die Lage in den Konfliktherden spürbar entspannt hat und der Ölpreis im Jahresdurchschnitt wieder mit ungefähr 24 US-\$ pro Barrel notiert, kann für 2003 eine Erholung der Konjunktur im Nahen Osten erwartet werden.

Abb. 4
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



In Lateinamerika, wo im vergangenen Jahr etwa 2,5% der deutschen Güterexporte abgesetzt wurden, hatte sich die Konjunktur bis Ende 2001 stark abgekühlt. In Argentinien ging die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter zurück, und auch Mexiko sowie kleinere Länder rutschten in die Rezession. Gegenüber dem Jahr 2000 hat das reale BIP im vergangenen Jahr annähernd stagniert. Neben der weltwirtschaftlichen Flaute und fallenden Rohstoffpreisen führten länderspezifische Probleme zu der schlechten Performance. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich die konjunkturelle Lage trotz allmählich anziehender Exporte nur langsam bessern, auch weil die Finanzpolitik weiter dämpfend wirkt und die Zinsen kaum gesenkt werden können. Die Krise in Argentinien setzt sich fort, Mexiko findet nur langsam aus der Rezession heraus, und die politischen Aussichten für Brasilien sind kurzfristig höchst ungewiss. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr etwas sinken, auch weil das wieder auftretende Klimaphänomen »El Niño« erhebliche Schäden verursachen wird. Erst 2003 ist bei gefestigtem weltwirtschaftlichem Aufschwung und einer sukzessiven Überwindung der argentinischen Misere wieder mit wirtschaftlichem Wachstum – in einer Größenordnung von 2% – zu rechnen.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern, in die knapp 10% der deutschen Warenausfuhr gingen, verlor die Konjunktur 2001 relativ wenig an Schwung, obwohl die Exporte – verschiedentlich mitbedingt durch kräftige reale Aufwertungen nationaler Währungen gegenüber dem Euro – nur noch stark verlangsamt stiegen und zuletzt vielfach zurückgingen. Die Wirtschaftspolitik wirkte jedoch meist expansiv, so dass die Inlandsnachfrage wiederum lebhaft expandierte. Im laufenden Jahr gewinnt die Konjunktur an Dynamik, vor allem weil die Exporte infolge der konjunkturellen Erholung in Westeuropa wieder steigen. Die Inlandsnachfrage, in verschiedenen Ländern gestützt durch eine deutlich expansive Wirtschaftspolitik, beschleunigt sich im weiteren Verlauf etwas. Die Beschäf-

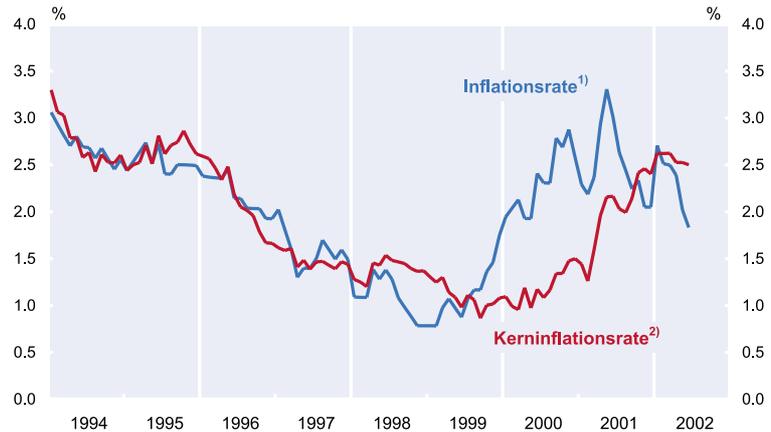
tigung reagiert allerdings – wie in einer derartigen Konjunkturlage üblich – noch nicht auf das verbesserte wirtschaftliche Umfeld. Der Preisauftrieb schwächt sich allmählich ab. Allerdings verschärfen sich verschiedentlich – so etwa in Ungarn – die Ungleichgewichte in Staatshaushalt und Leistungsbilanz. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um etwa 2,4% expandieren, nach 3,7% im Jahre 2001. Im nächsten Jahr festigt sich der Aufschwung weiter, obwohl die Wirtschaftspolitik nur noch wenig stimuliert. Denn von der Ausfuhr kommen im Zuge der lebhaften weltwirtschaftlichen Expansion kräftige Anstöße, die zunehmend auch die anderen Nachfragekomponenten anregen. So bleibt der private Konsum zügig aufwärts gerichtet, zumal nun auch die Beschäftigung wieder zunimmt und die Arbeitslosenquote sinkt. Die Bruttoanlageinvestitionen werden infolge günstigerer Absatz- und Ertragsaussichten, zunehmender Kapazitätsauslastung, nach wie vor stark expandierender ausländischer Direktinvestitionen und der Vorbereitungen auf die EU-Osterweiterung lebhaft ausgeweitet. Die Haushalts- und Leistungsbilanzentwicklung bleibt jedoch verschiedentlich problematisch. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich im Jahr 2003 um rund 3,5% erhöhen.

Euroraum: Konjunktur gewinnt an Fahrt

Der Euroraum, der 43% der deutschen Ausfuhr aufnimmt – nach Westeuropa gehen etwa 60% – ist Ende 2001 knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt, nachdem sich die Konjunktur zuvor bereits deutlich abgekühlt hatte. Ursache der Abschwächung waren hauptsächlich die im Verlauf deutlich rückläufigen Exporte und Bruttoanlageinvestitionen. Zudem wurden die Vorräte abgebaut. Gleichwohl konnten im Vorjahresvergleich bis zuletzt positive Veränderungsdaten verzeichnet werden – ganz im Gegensatz zur letzten Rezession im Jahr 1993. Im laufenden Jahr dürfte sich die begonnene wirtschaftliche Erholung – nach den bisher vorliegenden Indikatoren – beschleunigt fortsetzen, im Jahr 2003 aber etwas an Schwung verlieren, weil die Weltwirtschaft leicht verlangsamt expandiert und die Wirtschaftspolitik nicht mehr stimuliert.

Die Geldpolitik hatte seit dem Frühjahr 2001 die Leitzinsen in vier Zinsschritten um insgesamt 150 Basispunkte heruntersgeschleust. Seit dem 9. November liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25%. Begründet wurden die Zinssenkungen seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) mit nachlassendem Inflationsdruck, zuletzt auch mit der sich abschwächenden Konjunktur-

Abb. 5
Inflation und Kerninflation im Euroraum
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.
Quelle: Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

wicklung im Euroraum. Für die Prognose wird unterstellt, dass die EZB die Leitzinsen im kommenden Winterhalbjahr bei sich festigendem Aufschwung um einen viertel Prozentpunkt anhebt, um frühzeitig Inflationsgefahren zu begegnen. Sollte es zu einer starken Abwertung des US-Dollar kommen, wäre bei dann günstigerer Einfuhrpreisentwicklung allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Auch die langfristigen Zinsen werden voraussichtlich etwas anziehen; hier wird mit einem Anstieg um knapp einen viertel Prozentpunkt gerechnet. Die Liquiditätsversorgung im Euroraum ist immer noch sehr reichlich; der EZB-Referenzwert für die Ausweitung der Geldmenge M3 in Höhe von 4,5% wurde im Juni noch um 2 $\frac{1}{2}$ Prozentpunkte überschritten. Gefahren für die Preisniveaustabilität ergeben sich aus der Zielüberschreitung jedoch kaum, weil das M3-Wachstum primär Portfolioumschichtungen zugunsten liquider Anlageformen widerspiegelt, die im Zusammenhang mit den erhöhten Unsicherheiten an den Finanzmärkten vorgenommen wurden.

Der Preisauftrieb war in den ersten Monaten des Jahres 2002 unbefriedigend hoch. Erst im Juni lag der harmonisierte Verbraucherpreisindex für den Euroraum (HVPI-EWU) mit 1,8% wieder unter der 2-Prozent-Marke (vgl. Abb. 5). Die Kerninflationsrate⁵ belief sich im Juni noch auf 2 $\frac{1}{2}$ %. Hierin spiegeln sich – neben temporären Sonderfaktoren wie dem strengen Winterwetter, das Obst und Gemüse europaweit verteuerte – die Durchwälzungseffekte der Ölpreissteigerungen der vergangenen Jahre wider. Von der Einführung des Euro-Bargelds gingen – abgesehen vom Preisgebaren bestimmter Dienstleistungsunternehmen – nur geringe Wirkungen auf das Verbraucherpreisniveau aus.

⁵ Preissteigerungsrate ohne Energieträger und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fisch, Früchte, Gemüse und Fleisch).

Abb. 6
Realer effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber
13 Industrieländern auf Verbraucherpreisbasis



Abb. 7
Kurzfristige Realzinsen im Euroraum
(Dreimonatsgeld)

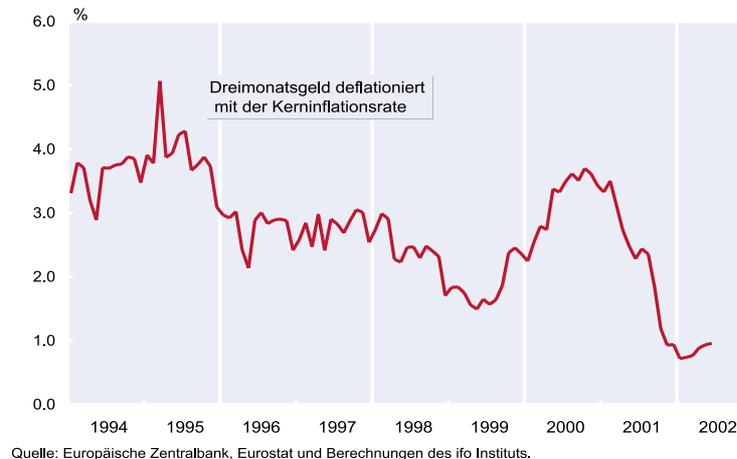
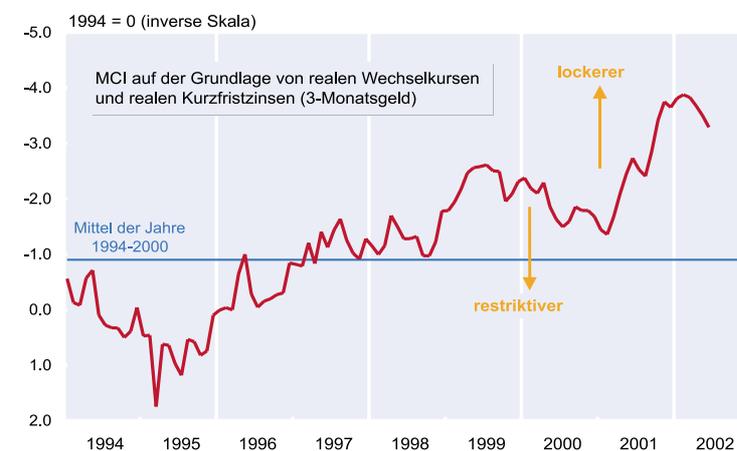


Abb. 8
Indikator der monetären Bedingungen (Monetary Conditions Index)
für den Euroraum (Basis: Kerninflationsrate HVPI-EWU)



Der Euro hat im laufenden Jahr gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen merklich an Wert gewonnen. Im Juni lag der reale effektive Wechselkurs des Euro bereits um 4,9% über dem Jahrestiefstand vom Februar 2002. Hier wird mit einer weiteren leichten realen Aufwertung des Euro gerechnet. Zusammengefasst werden die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum schlechter (vgl. Kasten: Index der monetären Bedingungen).

Die Finanzpolitik im Euroraum hat im abgelaufenen Jahr die automatischen Stabilisatoren wirken lassen und damit einen prozyklischen Kurs vermieden. Insgesamt nahmen die um UMTS-Erträge bereinigten Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand in den meisten Ländern zu, im gesamten Euroraum belief sich das Defizit auf 1,3% des Bruttoinlandsprodukts (EU: 0,6%). Zum ersten Mal seit 1993 ist damit die Defizitquote wieder gestiegen. Das strukturelle Defizit blieb im vergangenen Jahr nahezu unverändert, was eine neutrale Ausrichtung der Finanzpolitik indiziert. In Deutschland betrug der Haushaltsfehlbetrag 2,7% vom Bruttoinlandsprodukt, hierin schlugen sich neben konjunkturbedingten Steuerausfällen auch die Mindererträge infolge der ersten Stufe der »Steuerreform 2000« sowie die Finanzkrise im Gesundheitswesen nieder. In diesem Jahr dürfte die Finanzpolitik erneut etwa konjunkturneutral wirken; weil das konjunkturbedingte Defizit allerdings noch steigt, wird sich die Defizitquote etwas erhöhen. Erst im nächsten Jahr ist bei gefestigter Konjunktur und entsprechend anziehenden Steuereinnahmen sowie nur wenig steigenden Staatsausgaben mit einem Rückgang der Defizitquote zu rechnen. Die im Konsolidierungsprogramm der EU zu Beginn des Jahres formulierten Stabilisierungsziele drohen in diesem und im nächsten Jahr in einigen Ländern verfehlt zu werden. Um das zu verhindern, wird in Deutschland die Finanzpolitik 2003 auf einen deutlich restriktiveren Kurs einschwenken.

Die Lohnpolitik hat im Euroraum im vergangenen Jahr den inflationsbedingten Kaufkraftentzug hingenommen. In diesem Jahr liegen die Tarifabschlüsse etwas hö-

Kasten: Index der monetären Bedingungen

Die Geldpolitik wirkt zum einen über die Zinsen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Preise, zum anderen über den Wechselkurs. Darüber hinaus beeinflussen auch exogene Wechselkursschwankungen das geldpolitische Umfeld. Im Monetary Conditions Index (MCI) werden die Veränderungen der monetären Rahmenbedingungen – gemessen an der gewichteten Summe aus realen Wechselkurs- und Zinsbewegungen – in einem Indikator ausgedrückt (vgl. Nierhaus 2001):

$$MCI = g_{we} \times (we^R - we^D) + g_i \times (i^R - i^D)$$

Mit we^R wird der effektive reale Wechselkurs des Euro bezeichnet (vgl. Abb. 6); mit i^R der kurzfristige Realzins (Zins für Dreimonatsgeld abzüglich Kerninflationsrate; vgl. Abb. 7).

Damit der normalerweise weitaus volatilere reale Wechselkurs nicht die Gesamtbewegung des MCI dominiert, sind die Gewichtungskoeffizienten g_{we} und g_i so quantifiziert worden, dass die Variabilität der beiden Zeitreihen gleich groß ist. Das Verhältnis der Gewichte von Realzins und realem effektiven Wechselkurs des Euro beträgt hier 10:1.

Abbildung 8 zeigt die Entwicklung des Monetary Conditions Index im Zeitraum 1994 bis 2000 mit *invertierter Skala*, wobei als Referenzperiode das Jahr 1994 gewählt wurde. Steigt der MCI infolge sinkender Realzinsen und/oder einer realen Abwertung des Euro, so verbessern sich die monetären Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaften im Euroraum. Umgekehrt verschlechtern sich die monetären Rahmenbedingungen (der MCI sinkt), wenn der Realzins steigt und/oder der Euro real aufwertet. Vom Herbst 1998 bis Mitte 1999 haben sich demnach die monetären Bedingungen im Euroraum deutlich verbessert. Dazu hat vor allem die reale Abwertung des Euro beigetragen. Danach verschlechterten sich die monetären Bedingungen; der deutliche Anstieg der Realzinsen war stärker als der weitere Abwertungseffekt. Ab März 2001 kam es dann zu einer rasanten Verbesserung des MCI, weil die Realzinsen um nahezu 2 Prozentpunkte sanken. Im Euroraum sind damit zurzeit die monetären Bedingungen spürbar besser als im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 2000 (vgl. durchgezogene Linie).

Die seit 2001 per saldo *expansiv* ausgerichteten monetären Rahmenbedingungen werden aller Voraussicht nach zur Belebung der Konjunktur im Euroraum beitragen. Eine Korrelationsrechnung ergibt, dass der geglättete MCI im Zeitraum 1994 bis 2001 gegenüber der originalen Referenzreihe Wirtschaftsklima (ESIN) im Euroraum einen mittleren Vorlauf von gut einem Jahr hat. Die deutliche Verbesserung des MCI im vergangenen Jahr stützt demnach die hier vorgelegte Prognose einer Beschleunigung der Konjunktur im Euroraum.

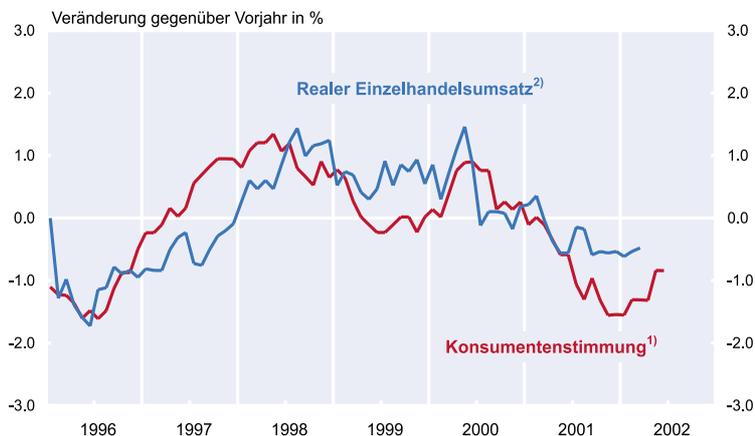
tragen; das gilt auch für die Lager, die nach dem vorjährigen Rückgang wieder etwas aufgestockt werden. Die wichtigsten Anstöße kommen von der **Ausfuhr** im Zuge des sich erholenden Welthandels. Das gilt in erster Linie für die Lieferungen in die USA, die vom dortigen Konjunkturaufschwung voraussichtlich mehr profitieren, als sie durch die fortgesetzte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Aber auch der Absatz in den anderen westeuropäischen Ländern sowie in Mittel- und Osteuropa gewinnt erheblich an Schwung. Da sich mit der Aufwertung des Euro die Einfuhr von Rohstoffen und Energieträgern sowie von Halbfabrikaten in den Euroraum verbilligt, wird die Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen nicht in dem Maße schlechter, wie der Euro an Wert gewinnt. Zudem verbessern sich die Terms-of-Trade, was die Realeinkommen im Euroraum erhöht und die Binnennachfrage stützt. Die für die Ausfuhr kritische Marke dürfte bei 1,15 US-Dollar je Euro liegen. Da die **Einfuhr** etwas langsamer zunimmt als der Export, dürfte die Leistungsbilanz bei steigenden Terms-of-Trade erneut mit einem höheren Überschuss abschließen.

Der **private Konsum** gewinnt erst im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2002 zunehmend an Dynamik. Die Reallöhne erhöhen

her als im Vorjahr, nicht zuletzt weil es in verschiedenen Ländern teilweise zu einer Abkehr vom bislang moderaten lohnpolitischen Kurs gekommen ist. Dies wird sich auf das Verbraucherpreisniveau im Euroraum aber nur wenig auswirken, weil die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und die damit verbundene Verbilligung von eingeführten Waren und Dienstleistungen aus dem Dollarraum dämpft. Im Jahr 2003 dürfte es angesichts der anhaltenden Probleme am Arbeitsmarkt wieder zu etwas beschäftigungskonformen Tarifanhebungen kommen.

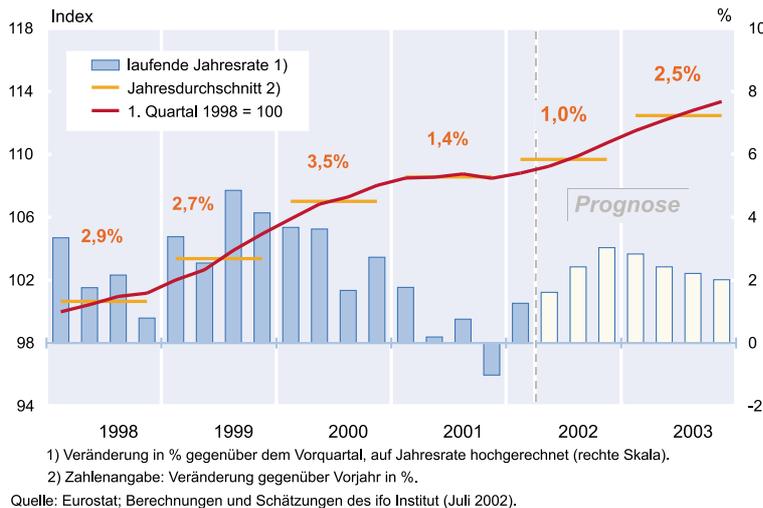
Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Expansion im Euroraum von allen großen Nachfrageaggregaten ge-

Abb. 9
Konsumentenstimmung¹⁾ und realer Einzelhandelsumsatz²⁾ im Euroraum
Saisonbereinigte Werte



1) Transformiert und standardisiert.
2) Saisonbereinigte und geglättete Werte.
Quelle: Europäische Kommission, Eurostat und Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 10
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
 Saisonbereinigter Verlauf



Zinsen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,0% expandieren und im nächsten um 2,5% (vgl. Abb. 10).

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage erst ab Herbst 2002 wieder etwas bessern. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2001 stagniert die Beschäftigung annähernd, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Im Jahresdurchschnitt 2002 steigt die Arbeitslosenquote geringfügig auf 8,3%. Gleichzeitig bleibt, vor allem regional, der Bedarf an Fachkräften ausgeprägt. Im Jahre 2003 bessert sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt allmählich. Der Preisauftrieb wird bei geringerem Lohnstückkostenanstieg und einem tendenziell aufwertenden Euro verhalten bleiben. Die Konsumentenpreise dürften im Jahr 2003 um 1³/₄% steigen.

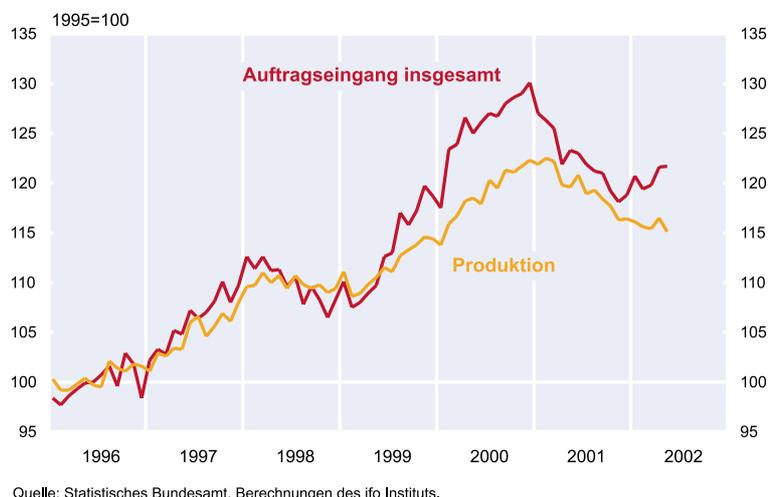
sich wieder, da die Nominallöhne stärker steigen und das Preisniveau nahezu stabil sein dürfte. Auch wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nennenswert schlechter, und die verschiedentlich zu beobachtende Kaufzurückhaltung als Reaktion auf Irritationen im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung klingt ab. Die Konsumentenstimmung im Euroraum hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres schon wieder leicht verbessert (vgl. Abb. 9). Im Jahr 2003 festigt sich die Konsumkonjunktur bei etwas größeren Reallohnzuwächsen, allmählich zunehmender Beschäftigung und – in einigen Ländern – sinkenden Einkommensteuern. Mit den verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann zudem ein Rückgang der Sparquote erwartet werden, zumal die Zinsen niedrig bleiben. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2002 bei 2% liegen.

Deutschland: Aufschwung kommt zögerlich in Gang

Den Frühindikatoren zufolge ist die deutsche Wirtschaft auch im zweiten Quartal noch nicht auf eine deutlich höhere Tourenzahl gekommen. Nach wie vor ist die konjunkturelle Lage von großer Labilität geprägt, die Erholung nicht gefestigt. Impulse hat die Wirtschaft bisher primär aus dem Ausland erhalten; insbesondere die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern haben hiervon profitiert. Die Inlandsbestellungen sind erst im April wieder gestiegen; das allerdings auf breiter Front. Parallel hierzu hat auch die Industrieproduktion spürbar angezogen. Im Mai gab es wieder einen

Der öffentliche Konsum nimmt hingegen nur noch verlangsamt zu, da in den meisten Ländern die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen energischer angegangen wird. Die Bruttoanlageinvestitionen werden sich bestenfalls gegen Jahresende ansatzweise beleben. Die Flaute der Bauinvestitionen hält heuer noch an; im nächsten Jahr dürfte sich die Bauproduktion spürbar beleben. Bei zunächst vielfach ungenügend ausgelasteten Kapazitäten dürften die Ausrüstungsinvestitionen etwa bis zum Herbst gedrückt bleiben. Im nächsten Jahr dürften sie deutlich zunehmen. Bis dahin haben sich die Absatz- und Ertragsaussichten spürbar gebessert, auch sind die Kapazitäten dann besser ausgelastet und die Krise im IT-Sektor wird allmählich auch hier überwunden sein. Zudem stimulieren die dann immer noch niedrigen

Abb. 11
Auftragseingang und Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigte Werte)



Rückschlag, der wohl im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen der Tarifrunde stand (vgl. Abb. 11). Der Einzelhandel hat auch im zweiten Vierteljahr die Vorjahresumsätze verfehlt; im Vergleich mit dem ersten Quartal zeigte sich aber eine leichte Aufwärtstendenz. Insgesamt hat sich das Verbraucherverhalten noch nicht wieder normalisiert.

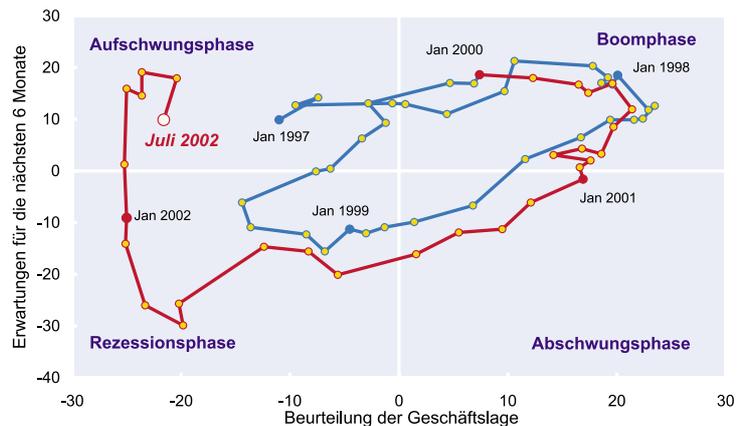
Ein herausragender Indikator für die deutsche Konjunktur ist der ifo Geschäftsklimaindex. Für das verarbeitende Gewerbe⁶, das in Deutschland der »Cyclemaker« ist, zeigt sich dabei folgendes Bild: Zwar ist der Klimaindikator in der Industrie im zweiten Quartal 2002 – parallel zum Anstieg der Kapazitätsauslastung – höher als im ersten Vierteljahr gewesen, im Juli hat es aber zum ersten Mal seit vergangenem Herbst einen Rückschlag gegeben. Phasen mit einer erhöhten Volatilität des Klimaindex sind allerdings schon in vergleichbar labilen Konjunkturperioden der Vergangenheit registriert worden.

Der aktuelle Rückgang resultiert primär aus einer ungünstigeren Einschätzung der Perspektiven für die nächsten sechs Monate, die Urteile zur gegenwärtigen Geschäftslage fielen nur geringfügig schlechter aus. Die Exporterwartungen der Unternehmen blieben trotz der deutlichen Aufwertung des Euro sogar unverändert im Plus. Mit einer Besserung der insgesamt immer noch unbefriedigenden Geschäftslage der befragten Unternehmen, die ein kräftiges Anziehen der Industrieproduktion indizieren würde, ist erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen; erfahrungsgemäß dauert es geraume Zeit, bis nach einer Aufhellung der Erwartungen die Lagebeurteilung der befragten Unternehmen nachzuziehen beginnt (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Dieses Ablaufmuster setzt allerdings voraus, dass es in den kommenden Monaten nicht zu einer weiteren signifikanten Eintrübung des Geschäftsklimas kommt; andernfalls wäre mit einem Stocken des Aufschwungs in der Industrie und auch in der Gesamtwirtschaft zu rechnen.

⁶ Ohne Nahrungs- und Genussmittel.

⁷ Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = \frac{[(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200}{100}$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Abb. 12
ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der und den Erwartungen zur Geschäftslage.
Quelle: ifo Konjunkturtest, Westdeutschland.

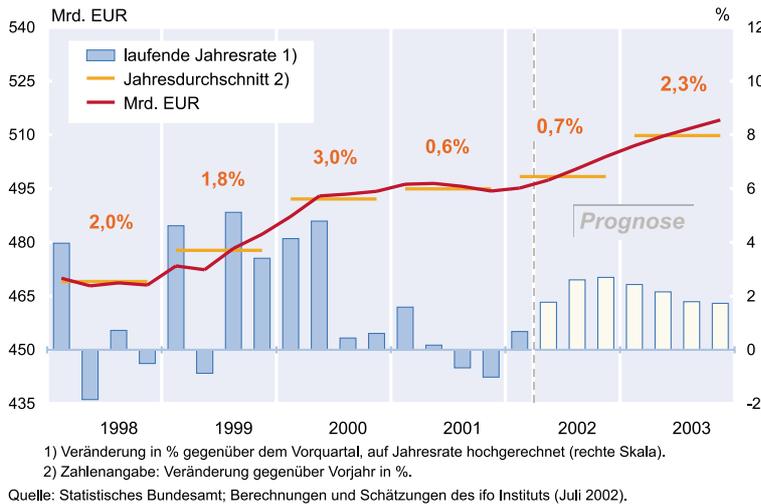
Besondere Belastungen gehen in der gegenwärtigen labilen Konjunkturphase von der Lohnpolitik aus, die in Deutschland offenbar einen Kurswechsel vollzogen hat. In der Dezemberprognose des ifo Instituts war noch angenommen worden, dass die Tariflohnsteigerungen 2002 angesichts anhaltend hoher Arbeitslosigkeit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bei »knapp 2 1/2%« liegen. Diese Annahme ist angesichts der lohnpolitischen Kehrtwende der Gewerkschaften nach oben zu revidieren. In der Chemie beläuft sich die neue Tarifvereinbarung auf 3,6% (ab Juni 2002), was auf das volle Jahr einem Lohnanstieg von reichlich 3% entspricht. In der Metallindustrie war es vor dem ersten Pilotabschluss sogar in zwei Bundesländern zu einem Streik

Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Das ifo Geschäftsklima ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunktur-Uhr«). Auf der Abszisse der Konjunktur-Uhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den »gut« bzw. »schlecht« Meldungen) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den »günstiger« bzw. »ungünstiger« Meldungen). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 12).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus. Die derzeit nach wie vor positiven Urteile zu den Geschäftserwartungen stützen die Prognose einer Belebung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte.

Abb. 13
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Lohnanstieg im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr von 3% gerechnet. Der Verteilungsspielraum wird damit im laufenden Jahr ausgeschöpft; der Beschäftigungsaufbau in Deutschland kommt deshalb später und schwächer in Gang, als noch im Dezember vom ifo Institut erwartet worden war.

Trotz der nicht unbeträchtlichen weltwirtschaftlichen und auch hausgemachten Risiken stehen nach unserer Einschätzung aber auch in Deutschland die Konjunkturampeln per saldo nicht mehr auf rot, der Aufschwung ist, wenn auch sehr zögerlich, unterwegs. Im zweiten Quartal dürfte das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion noch sehr verhalten gewesen sein. Im Vorquartalsvergleich dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt – auf Jahresrate

gekommen, an dem sich insgesamt mehr als 150 000 Beschäftigte beteiligten. Die unmittelbaren Produktionsausfälle dürften inzwischen zum größten Teil aufgeholt worden sein; von daher ist die Wertschöpfung im zweiten Quartal 2002 kaum vom Streik in der Metallindustrie belastet. Schwerer wiegen dagegen die dämpfenden Effekte auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen, die vom neuen Lohnabschluss ausgehen (4% ab Juni 2002 und 3,1% ab Juni 2003; zuzusatzlich erfolgt der Einstieg in einen einheitlichen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte). Im strukturkrisengeschuttelten Baugewerbe vereinbarten die Tarifpartner eine Anhebung um 3,2% (ab September 2002) und eine weitere Erhöhung um 2,4% (ab April 2003), für die Monate Juni bis August wurden (nur für Westdeutschland) Einmalzahlungen vereinbart. Die effektive Anhebung in den Kalenderjahren 2002/2003 liegt damit bei 1 1/2 bzw. knapp 4% (im Osten) und 2 1/4 bzw. 3 1/4% (im Westen). Zusätzlich werden die Mindestlöhne in zwei Stufen angehoben und ein weiterer Mindestlohn für Fachwerker eingeführt. Bei Versicherungen (3,5% ab Juli, Einmalzahlung für Juni, Laufzeit 16 Monate) und bei der Telekom (4,1% ab Juli, weitere 3,2% ab Mai 2003, Laufzeit bis April 2004) wurden die Verhandlungen inzwischen abgeschlossen, im Groß- und im Einzelhandel wurden Pilotabschlusse erzielt. Bei Banken gibt es zurzeit immer noch Warnstreiks. Insgesamt wird in dieser Prognose mit einem

Kasten: Annahmen der Prognose

Nach wie vor sind Prognosen zur Konjunktur mit großen Risiken behaftet. Dies gilt gegenwärtig umso mehr, da die zugrunde liegenden Annahmen außergewöhnlich unsicher sind. Im Einzelnen wird erwartet:

- Weder in den Vereinigten Staaten noch in anderen Ländern geschehen neue massive Terrorattaken. Die Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan (Kaschmir-Konflikt) mündet nicht in einen Krieg.
- Im Nahen Osten (Palästina) und in den Ländern des Mittleren Ostens (z. B. im Irak) kommt es zu keinen größeren militärischen Auseinandersetzungen; die Ölversorgung zu moderaten Preisen bleibt ungefährdet. Bei zunächst noch schwacher Weltnachfrage dürfte der Ölpreis im Jahresdurchschnitt 2002 und 2003 bei 24 US-\$ pro Barrel liegen. Angesichts der großen politischen Unsicherheiten wird die Volatilität der Roholnotierungen allerdings groß bleiben; auch ist mit immer wieder aufbrandenden Spekulationswellen zu rechnen.
- Im Prognosezeitraum wird der US-Dollar gegenüber dem Euro weiterhin schwächer tendieren. Mit einem scharfen Realignement, das den Euro gegenüber dem US-Dollar massiv über die Parität treiben würde und Welthandel und internationale Konjunktur dämpfen könnte, wird aber nicht gerechnet.
- Die konjunkturelle Grundtendenz in den USA bleibt aufwärtsgerichtet, einem »Double Dip«-Szenario wird angesichts der überaus expansiven Geld- und Finanzpolitik eine geringere Wahrscheinlichkeit zugemessen. Gleichwohl sind die Risiken nicht unbeträchtlich: So verzeichnen die USA bei nunmehr deutlich defizitären Staatsfinanzen und anhaltend hohem Fehlbetrag in der Leistungsbilanz wieder ein Zwillingdefizit. Die negativen Meldungen aus dem Unternehmenssektor reißen nicht ab. Die Gewinnausweise der Unternehmen sowie die Seriosität von Managern und Finanzmarktakteuren sind ins Zwielficht geraten. Der Nettokapitalzustrom aus dem Ausland, angesichts der niedrigen Sparquote für die Finanzierung des Aufschwungs und des Leistungsbilanzdefizits wichtig, lässt nach, was sich auch in der Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro zeigt. Die Perspektiven am Aktienmarkt sind zurückhaltend zu beurteilen; es ist nicht auszuschließen, dass sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die damit verbundenen großen Vermögensverluste – stärker als hier erwartet – auf die Realwirtschaft auswirken.
- Die Europäische Zentralbank hebt die Leitzinsen frühestens im kommenden Winterhalbjahr um einen Viertel Prozentpunkt an. Die Kapitalmarktzinsen werden mit fortschreitender konjunktureller Erholung ebenfalls in dieser Größenordnung steigen.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr um rund 3%.
- Die Finanzpolitik in Deutschland wirkt im Prognosezeitraum trotz der Entlastungen im Rahmen der zweiten Stufe der »Steuerreform 2000«, die am Jahresanfang 2003 in Kraft tritt, zunehmend restriktiv.

Kasten: Euro-Aufwertung und Exportentwicklung

Jede Konjunkturprognose ist abhängig von Rahmenbedingungen (sog. Annahmen der Prognose). Eine besonders wichtige Determinante für die deutsche Wirtschaft ist der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit die Ausfuhr auf Änderungen dieser Schlüsselvariablen reagiert. Für diese *Sensitivitätsanalyse* wurde ein dynamischer *vektorautoregressiver Ansatz (VAR-Modell)* verwendet.⁸

Abbildung 14 zeigt, dass sich eine Aufwertung des Euro auf die reale Ausfuhr signifikant negativ auswirkt. Gewinnt der Euro z.B. um 1% gegenüber dem US-Dollar an Wert (Primäripuls im Quartal 0), so sinkt die Wachstumsrate der deutschen Exporte im darauf folgenden Quartal (verglichen mit der Basisprognose) um 0,14 Prozentpunkte. In den nächsten zwei Quartalen nimmt der Aufwertungseffekt – unter Berücksichtigung der endogenen Wechselkursreaktionen – bis auf reichlich 0,2 Prozentpunkte zu. Erst im sechsten Quartal schwächt sich der Aufwertungseffekt wieder spürbar ab und tendiert danach gegen Null. Die Sensitivitätsanalyse macht deutlich, wie entscheidend die Qualität einer Prognose vom Eintreten der zugrunde gelegten Annahmen abhängt.

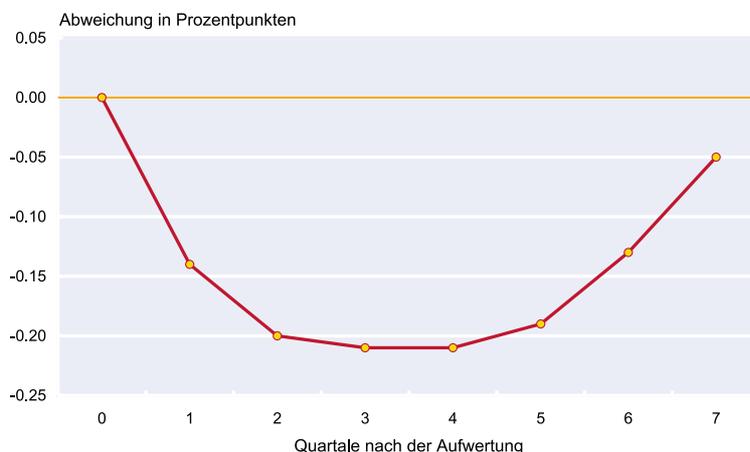
hochgerechnet – lediglich um 1³/₄% zugenommen haben, und damit kaum stärker als im langjährigen Trend.⁹ Zieht man das Kriterium »Abweichung vom Trend« bzw. äquivalent »gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung« zur Beurteilung der konjunkturellen Lage heran, so befand sich die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2002 am Tiefpunkt. Die Beschleunigung gegenüber dem ersten Vierteljahr (auf Jahresrate 0,7% gegenüber dem vierten Quartal 2001) resultiert daraus, dass sowohl der private Konsum als auch die Investitionen wohl nicht mehr gesunken sind und auch die Lagerbestände nicht noch einmal so stark abgebaut wurden. Die Kräftigung der Binnennachfrage im Vorquartalsvergleich dürfte den deutlich sinkenden Effekt des Außenbeitrags mehr als kompensiert haben.

Erst in der zweiten Jahreshälfte wird die deutsche Konjunktur wieder fester Tritt fassen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 allerdings nur um 0,7% stei-

gen; die niedrige Wachstumszahl folgt aus dem niedrigen Niveau zu Jahresbeginn (vgl. Abb. 13). Für das nächste Jahr wird eine Rate von 2,3% veranschlagt; der Aufschwung gewinnt an Breite und Tiefe. Allerdings wird das konjunkturelle Tempo – von Quartal zu Quartal betrachtet – bereits wieder langsamer, weil die anregenden Impulse seitens der Weltwirtschaft schwächer werden und die geldpolitischen Zügel etwas straffer sind. Außerdem dürfte die Finanzpolitik die Haushaltskonsolidierung vorantreiben. Bei alledem bestehen beträchtliche Risiken: Hierzu zählen etwa die Turbulenzen an den internationalen Börsen im Gefolge der Bilanzmanipulationen in den USA, auch eine anhaltend kräftige Aufwertung des Euro könnte die hier vorgelegte Prognose gefährden (vgl. Kasten: Annahmen der Prognose).

Impulse werden insbesondere von der Exportwirtschaft ausgehen, die von der Belebung der Auslandskonjunktur insbesondere in den USA und in Europa profitiert. Die größte Dynamik wird im Winterhalbjahr 2002/2003 zu verzeichnen sein, danach dürfte das Expansionstempo mit der sich etwas abschwächenden Weltkonjunktur wieder etwas kleiner werden. Auch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wegen der hier unterstellten weiteren leichten realen Aufwertung des Euro allmählich graduell verschlechtern (vgl. Kasten: Euro-Aufwertung und Exportentwicklung).¹⁰ Allerdings wird der überwiegende Teil des deutschen Außenhandels inzwischen in der europäischen Einheitswährung fakturiert und unterliegt damit keinem nominalen Wechselkursrisiko mehr (vgl. Exkurs: Fakturierte Währungen in der deutschen Ausfuhr). Im Jahres-

Abb. 14
Reaktion der realen Ausfuhr auf eine Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um 1 Prozentpunkt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

⁸ Die Modellanalyse basiert auf Daten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das hier geschätzte VAR-Modell umfasst vier endogene Variablen, nämlich die reale Ausfuhr, die reale Einfuhr, das reale Bruttoinlandsprodukt, den Euro-Wechselkurs zum US-Dollar sowie eine exogene Variable, die die Weltkonjunkturlage indiziert. Das Modell greift auf den Stützzeitraum seit der Wiedervereinigung zurück.

⁹ Diese Prognose ist naturgemäß mit Risiken behaftet. Schon eine relativ geringe Änderung des Prognosewertes für das zweite Vierteljahr kann die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate naturgemäß in die eine oder andere Richtung ändern. Basis der hier vorgelegten Prognose sind die bisher veröffentlichten Produktionsdaten für April und Mai sowie eine Schätzung für den Monat Juni anhand des ifo Konjunkturtests. Sollte die Produktionsentwicklung im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe im zweiten Quartal um 1% von der hier unterstellten abweichen – sei es weil die Schätzung für Juni nicht zutrifft, sei es weil die amtlichen Daten für April und Mai später korrigiert werden –, so hätte das ceteris paribus eine um knapp 0,2 Prozentpunkte höhere oder niedrigere Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 2002 zur Folge.

¹⁰ Auf kurze Sicht wirkt sich eine Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsposition im Dollar-Raum nur wenig aus, da erfahrungsgemäß ein beträchtlicher Teil der Ausfuhr gegen Wechselkursrisiken abgesichert ist.

Tab. 1
Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland in Preisen von 1995

	2001			2002			2003		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	0,7	0,6	0,6	-0,5	0,4	0,0	1,0	1,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,1	0,0
Anlageinvestitionen	-0,7	-1,4	-1,1	-1,0	0,2	-0,4	0,6	0,6	0,6
Ausrüstungen, sonstige Anlagen	0,1	-0,8	-0,4	-0,8	0,1	-0,3	0,6	0,6	0,6
Bauten	-0,9	-0,6	-0,7	-0,2	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0
Wohnbauten	-0,6	-0,4	-0,5	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nichtwohnbauten	-0,3	-0,2	-0,2	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentlicher Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	-0,5	-1,2	-0,9	-0,9	-0,4	-0,7	1,1	0,6	0,9
Inländische Verwendung	-0,3	-1,7	-1,0	-2,1	0,4	-0,8	2,7	2,2	2,5
Außenbeitrag	1,3	1,8	1,6	1,8	1,3	1,5	-0,4	0,0	-0,1
Exporte	2,6	0,6	1,6	0,6	1,8	1,2	1,9	2,3	2,1
Importe	-1,3	1,3	0,0	1,2	-0,5	0,4	-2,2	-2,3	-2,3
Bruttoinlandsprodukt (a)	1,0	0,1	0,6	-0,3	1,7	0,7	2,3	2,3	2,3

s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

ergebnis 2002 wird mit einem Exportzuwachs in Höhe von 3,4% gerechnet; im nächsten Jahr mit 5,9%. Zum Wirtschaftswachstum wird der Außenhandelsaldo im Jahr 2003 allerdings keinen Beitrag mehr liefern (vgl. Tab. 1).

Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen werden nach dem scharfen Rückgang im vergangenen Jahr langsam wieder steigen. Befördert wird der moderate Investitionsaufschwung von den verbesserten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auch sind die Gewinnperspektiven wieder günstiger. Zudem dürften bisher zurückgestellte Ersatzinvestitionen realisiert werden. Das Vorjahresergebnis wird im laufenden Jahr aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus jedoch noch nicht erreicht werden (- 3,4%). Erst im nächsten Jahr ist bei deutlich steigender Kapazitätsauslastung wieder mit einer positiven Zuwachsrate zu rechnen (6,3%).

Bei den Bauinvestitionen dürfte die Talfahrt allmählich auslaufen; potentielle streikbedingte Ausfälle dürften in der zweiten Jahreshälfte nachgeholt werden. Eine durchgreifende Wende zum Besseren ist aber im Prognosezeitraum noch nicht in Sicht. Beim Wohnungsbau dämpft in diesem Jahr die Arbeitsplatzunsicherheit vieler privater Investoren, im nächsten Jahr werden zudem Kürzungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung zu Buche schlagen. Der Wirtschaftsbau hingegen wird parallel zur Besserung der Konjunktur an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt zudem der hohe Bestand an bereits genehmigten Objekten, die noch nicht in Angriff genommen wurden. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im gesamten Prognosezeitraum infolge der stark angespannten Haus-

haltslage der Gebietskörperschaften rückläufig sein. Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2002 nochmals sinken (- 0,6%); im nächsten Jahr könnten sie annähernd stagnieren (vgl. Tab. 2).

Der private Konsum, der außerordentlich schlecht in das laufende Jahr gestartet ist, dürfte sich allmählich wieder normalisieren (vgl. Kasten: Zur Konsumschwäche). Die Kaufzurückhaltung aufgrund der Verunsicherung im Gefolge der Euro-Einführung wird auslaufen; die Rückkehr zum normalen »Konsumniveau« führt allein bereits zu einem Anstieg der Verbrauchsausgaben. Auch wird der Arbeitsmarkt ab dem Herbst nicht mehr schlechter. Ihr Vorjahresniveau werden die realen Konsumausgaben aber im laufenden Jahr voraussichtlich nicht übertreffen können. Mit größeren dämpfenden Vermögens-effekten auf den privaten Verbrauch aufgrund der Kursver-

Tab. 2
Eckdaten zur Entwicklung der Bruttoinvestitionen¹⁾

	2001	2002 (s)	2003 (s)
	Veränderung gegen Vorjahr in %		
Wohnungsbau	-7,0	-0,5	0,0
Nichtwohnungsbau	-4,2	-0,9	-0,5
Gewerblicher Bau	-3,6	1,9	2,0
Öffentlicher Bau	-5,5	-7,4	-6,8
Bauten	-5,8	-0,6	-0,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,6	-3,4	6,3
Ausrüstungen	-5,0	-4,9	6,0
Sonstige Anlagen	6,0	5,9	8,3
Anlageinvestitionen	-4,8	-1,9	2,7
Bruttoinvestitionen	-8,7	-5,2	7,5

1) In Preisen von 1995.- s) Schätzungen des ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Kasten: Zur Konsumschwäche

Der reale private Konsum ist mit einem Anteil von 56,6% am Bruttoinlandsprodukt die quantitativ bedeutsamste Verwendungskomponente. Abbildung 15 zeigt die saisonbereinigte Entwicklung der Konsumquote (Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte) seit dem ersten Quartal 1991. Über einen langen Zeitraum ist die Konsumquote im Trend gestiegen. Seit dem Jahr 2001 ist die Quote jedoch grosso modo gesunken. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war einmal die erste Stufe der »Steuerreform 2000«; die steuerlichen Entlastungen sind – wie üblich – nicht in vollem Umfang in den Verbrauch geflossen, sondern wurden auch zur Geldvermögensbildung verwendet. Hinzu kam die rezessionsbedingt steigende Arbeitslosigkeit, die sich auf die Anschaffungsbereitschaft von langlebigen Gebrauchsgütern negativ ausgewirkt haben dürfte. Seit Jahresanfang 2002 dämpft schließlich die Verunsicherung der Verbraucher, die von der Verteuerung von bestimmten Dienstleistungen und Lebensmitteln im Gefolge der Euro-Bargeldeinführung herrührt.

Aus dem Verbrauchsmuster der Vergangenheit lässt sich auf die zukünftige Konsumententwicklung schließen. Derartige autoregressive Schätzansätze eignen sich für prognostische Zwecke oftmals besser als komplexere Modelle. Abbildung 16 präsentiert die tatsächliche Konsumententwicklung im Vergleich zu drei prognostizierten Konsumpfaden (über jeweils sieben Quartale hinweg), die aus einem – für unterschiedliche Schätzzeiträume – spezifizierten ARIMA(0, 1, 1)-Modell resultieren.¹¹

Die erste Modell-Prognose (blaue Linie) – die auf den saisonbereinigten amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) im Zeitraum 1/1991 bis 1/2000 basiert – ist noch relativ gut; bis Mitte 2001 entsprechen die prognostizierten Werte im Mittel den tatsächlichen Konsumausgaben. Die zweite Modell-Prognose (grüne Linie) – die sich auf VGR-Daten bis 1/2001 stützt – ist dagegen bereits deutlich schlechter; der Rückgang der tatsächlichen Konsumausgaben kann vom hier spezifizierten ARIMA-Modell nicht mehr nachvollzogen werden. Das tatsächliche Konsumverhalten hat sich im Vergleich zum prognostizierten Konsummuster bereits deutlich verändert. Der Konsumpfad der dritten Modell-Prognose (braune Linie) – die auf Daten bis 1/2002 beruht – liegt nochmals unter den zwei Zeitpfaden, die für die beiden Vorjahre prognostiziert wurden. Die Konsumprognose des ifo Instituts (rote Linie) ist im Vergleich dazu nicht zuletzt aufgrund der bereits für das zweite Quartal 2002 vorliegenden schlechten Ergebnisse für den Einzelhandel sogar noch etwas pessimistischer.

luste wird nicht gerechnet; ein gleichgerichteter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Börsenkurse und der Entwicklung des privaten Konsums oder des Einzelhandels ist für Deutschland statistisch nicht nachweisbar. Erst im kommenden Jahr dürften sich die Konsumperspektiven wieder stärker aufhellen. Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen wirkt sich positiv auf die Expansion der Bruttolöhne und -gehälter aus; die Nettolöhne profitieren zudem von der zweiten Stufe der »Steuerreform 2000« (vgl. Übersicht). Allerdings werden die monetären Sozialleistungen nicht zuletzt wegen der hier eingestellten zusätzlichen Sparmaßnahmen weniger rasch als im laufenden Jahr steigen. Insgesamt dürften die realen Konsumausgaben bei nahezu unveränderter Sparquote um 1,8% zunehmen.

¹¹ ARIMA (= autoregressive integrated moving average). Zugrundegelegt wurde die Konsumgleichung $C_t = \delta + C_{t-1} + \epsilon_t - \gamma \epsilon_{t-1}$; C_t : Konsum in Quartal t ; ϵ_t : irreguläre Komponente in Quartal t .

Das Preisklima, das sich am Jahresanfang durch merkliche Steueranhebungen und die witterungsbedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln spürbar verschlechtert hatte, hat sich zuletzt wieder gebessert. Im Juli betrug die Inflationsrate lediglich 1,0%; Deutschland zählt damit inzwischen wieder zu den Euro-Ländern mit annähernder Preisniveaustabilität. Von der Einführung des Euro-Bargelds am Jahresanfang sind erwartungsgemäß keine größeren Wirkungen auf das gesamte Preisniveau ausgegangen. Zwar kam es bei bestimmten Dienstleistungen zu spürbaren Preiserhöhungen; der Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex (dessen Warenkorb ja auch die weitestgehend korrekt umgestellten Mieten und viele Gebrauchsgüter mit sinkenden Preisen enthält) blieb jedoch begrenzt (vgl. Kasten: Amtliche Preisstatistik und gefühlte Inflation). Die Kerninflationsrate¹² war im ersten Halbjahr 2002 mit 1,9% nur wenig höher als im vergangenen Jahr (1,6%; vgl. Tab. 3). Im

¹² Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Übersicht

Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2005
Grundfreibetrag (in EUR)	6322	6681	6902	7206	7235	7426	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	17,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	47,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	49,59	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone	61377	61377	58643	54999	55008	52293	52152
Steuerersparnis ²⁾ gegenüber 1998 (in EUR)							
bei einem ZVE von 15 000 EUR	-	111	283	525	534	695	845
bei einem ZVE von 30 000 EUR	-	72	283	703	707	871	1193
bei einem ZVE von 50 000 EUR	-	22	29	745	751	909	2095
nachrichtlich:							
Sparerfreibetrag (in EUR)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1550
Kinderfreibetrag ³⁾ (in EUR)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ³⁾ (in EUR)	-	-	1546	1546	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ³⁾ (in EUR)	-	-	-	-	2160	2160	2160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in EUR)	112	128	138	138	154	154	154

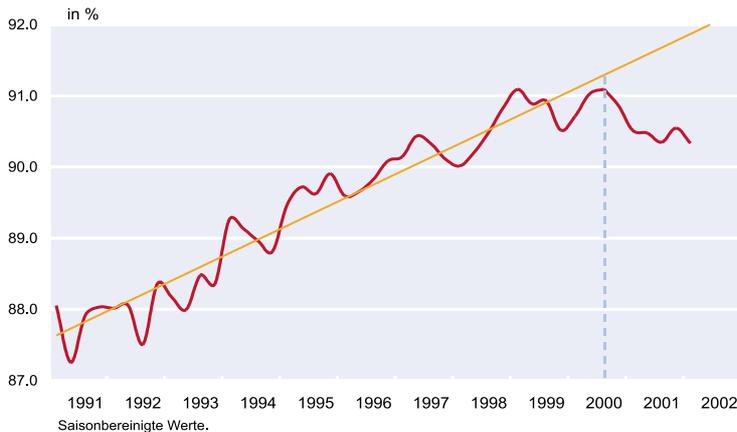
1) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze EUR-Beträge gerundet.

2) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

3) Unter Anrechnung des Kindergelds.

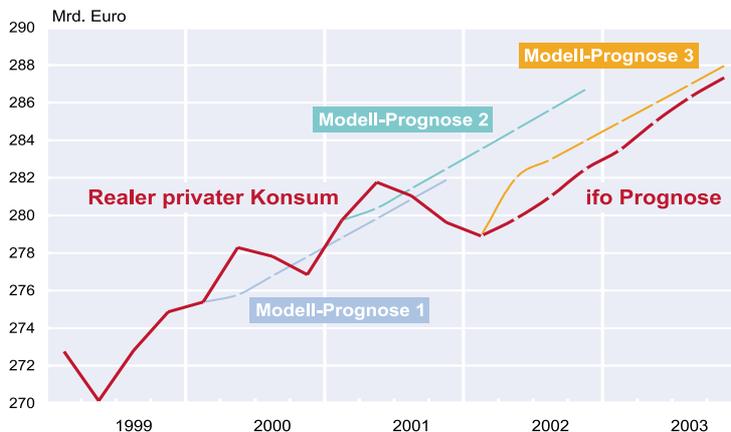
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 15
Entwicklung der Konsumquote in Deutschland
 Anteil des privaten Konsums am verfügbaren Einkommen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 16
ARIMA-Prognosen des realen privaten Konsums
 Saisonbereinigte Werte



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Prognosezeitraum wird das ruhige Preisklima anhalten; nicht zuletzt befördert durch die graduelle Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die importierte Waren und Dienstleistungen aus dem Dollarraum verbilligt. Bei insgesamt verhaltener Verbrauchskonjunktur werden zudem die Preiserhöhungsspielräume klein bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte sich die Inflationsrate auf 1,4% belaufen; im Jahr 2003 auf 1,3%.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet die Revision der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Frühjahrsgutachten nach unten nichts Gutes: Der konjunkturelle Tiefpunkt in der Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist noch nicht erreicht, die Zahl der Arbeitslosen stagnierte monatelang

mehr oder weniger auf einem Niveau von – saisonbereinigt – knapp 4 Mill. und übertraf diese psychologisch wichtige Schwelle im Mai und Juni deutlich. Auch in den nächsten Monaten ist saisonbereinigt mit einer Arbeitslosenzahl über 4 Mill. zu rechnen, und erst in den Herbstmonaten – wenn der Wirtschaftsaufschwung an Tempo und Breite zugenommen hat – mit einer allmählich sinkenden Tendenz. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Arbeitslosenzahl mit 4,035 Mill. um mehr als 180 000 höher sein als im Jahr 2001 (vgl. Abb. 17). Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt (Job-AQTIV-Gesetz, bundesweite Einführung des sog. Mainzer Modells, Einschaltung privater Vermittler) haben also noch keine durchgreifenden Erfolge erzielt. So sind im ersten Halbjahr 2002 nur 162 Job-Rotationen gefördert worden, und von den im April eingeführten Vermittlungsgutscheinen wurden bisher nur 1236 eingelöst.

Nach der Bundestagswahl sind von allen politischen Parteien weitere Reformen geplant. Zwar lassen sich die Details eventueller Neuregelungen noch nicht absehen, doch ist auf jeden Fall eine Forcierung der Vermittlungstätigkeit zu erwarten. Deshalb wird sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 zwar beschleunigen, mit rund 3,9 Mill. registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt bleibt die Zahl aber immer noch erschreckend hoch und die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – beträgt 9,2% (2002: 9,5%).

Tab. 3
Preisindex für die Lebenshaltung^{a)}

	Wägungsschema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Kerninflation^{b)}	729,32	0,9	0,5	0,8	1,6	1,9
Übrige Lebenshaltung	270,68	1,0	0,9	5,0	4,6	0,6
Saisonwaren	27,12	2,2	-0,7	-0,5	6,3	3,8
Fische, Fischwaren	5,19	4,5	2,6	1,1	5,1	5,9
Obst	9,95	3,0	-3,3	-1,2	8,3	3,5
Gemüse	11,98	0,3	0,0	-0,7	5,3	3,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49,13	-5,6	6,4	22,9	3,8	-4,0
Heizöl	5,87	-17,0	19,5	53,4	-6,0	-12,6
Kraftstoffe	32,30	-5,1	7,0	18,9	1,0	-1,6
Gas	10,96	0,1	-2,2	16,3	21,4	-5,0
Güter mit administrierten Preisen darunter:	194,43	2,5	-0,3	1,2	4,7	1,6
Strom	25,84	1,3	3,9	-4,8	4,0	4,7
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11,41	-2,4	-4,7	20,7	23,4	0,3
Telefondienstleistungen	18,57	-1,3	-11,4	-4,9	-3,3	-0,8
Beiträge zur Krankenversicherung	5,10	4,4	3,4	4,2	5,6	3,8
Kraftfahrzeugsteuer	6,42	9,1	6,7	2,3	29,2	0,0
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	1,0	0,6	1,9	2,5	1,5
davon: ^{c)}						
Kerninflation	-	0,7	0,3	0,6	1,2	1,4
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	1,4	1,3	0,2
Saisonwaren	-	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,3	0,3	1,2	0,2	-0,3
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	0,2	0,9	0,3

a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.
 b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.
 c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten.
 Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Angesichts der nur langsam in Fahrt kommenden Konjunktur wird die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal dieses Jahres die Talsohle erreichen, wenn sich der Beschäftigungsabbau im sekundären Sektor wegen der beschleunigt zunehmenden Produktionstätigkeit soweit verlangsamt, dass er vom weiter expandierenden tertiären Sektor kompensiert werden kann. Im Jahresdurchschnitt 2002 wird die Erwerbstätigenzahl, die in den Jahren 1998 bis 2001 durchwegs gestiegen war (um insgesamt mehr als 1,5 Mill.), um ca. 140 000 oder umgerechnet 0,4% sinken. Noch stärker, nämlich um 1%, nimmt das geleistete Arbeitsvolumen ab, was zum einen daran liegt, dass die Kurzarbeit kräftig ausgeweitet wird (von 123 000 im Jahr 2001 auf mehr als 200 000 im laufenden Jahr), zum anderen am anhaltenden Trend zur traditionellen Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der Personen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung zum 1. April 1999 rapide gestiegen war, nimmt hingegen schon seit Ende 2000 nicht mehr weiter zu.

Kasten: Amtliche Preisstatistik und gefühlte Inflation

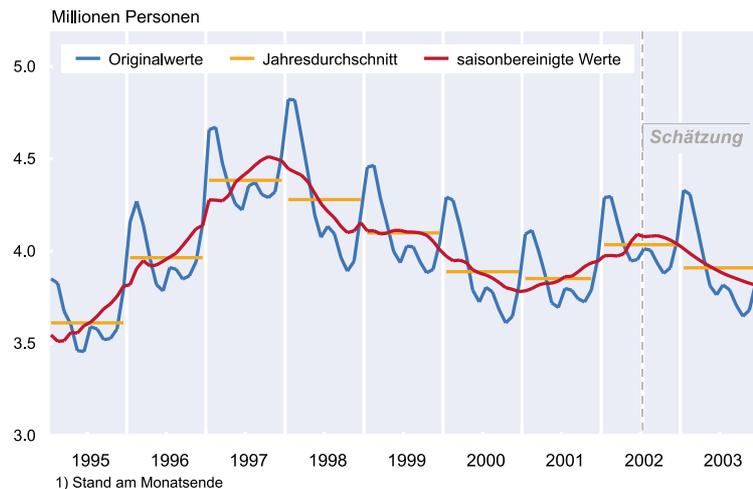
Seit Jahresanfang 2002 klagen viele Konsumenten – bei niedrigen amtlichen Inflationsraten – über eine hohe »subjektiv gefühlte« Inflation. Dies liegt wohl einmal daran, dass sich nach der Jahreswende zumeist regelmäßig nachgefragte Güter, wie Nahrungsmittel, verteuert haben. Offenbar nehmen Verbraucher Preiserhöhungen in diesem Produktbereich besonders intensiv wahr. Dieses Preisempfinden findet allerdings keine Entsprechung in der Preisstatistik. Denn im gesamten Index, der rund 750 Waren enthält, haben Nahrungsmittel (einschließlich alkoholfreier Getränke) mit 13,1% nur ein relativ geringes Gewicht. Die hier im Januar 2002 verzeichnete Preissteigerungsrate in Höhe von insgesamt immerhin 5,8% gegenüber Januar 2001 wirkte sich in der gesamten Inflationsrate (+ 2,1%) deshalb nur mit 0,7 Prozentpunkten aus.

Eine größere Verbrauchsbedeutung als Nahrungsmittel haben z.B. die Ausgaben für die Wohnungsnutzung, deren Anteil in den gesamten Verbrauchsausgaben gegenwärtig 20,4% beträgt. Die (wohl größtenteils exakt auf Euro umgestellten) Mieten waren im Januar 2002 lediglich um 1,3% höher als ein Jahr zuvor, zur gesamten Januar-Inflation haben sie nur 0,3 Prozentpunkte beigesteuert. Der unterdurchschnittliche Preisanstieg ist offenbar von vielen Haushalten »subjektiv« kaum oder gar nicht wahrgenommen worden. Schließlich enthält der amtliche Warenkorb Güter, die nur in größeren Zeitabständen angeschafft werden (z.B. Pkw, Güter der Unterhaltungselektronik, Personal Computer, Schreibmaschinen usw.). In diesem Sortiment hat es im Januar sogar Preisenkungen gegeben; so lag der Preisindex für Informationsverarbeitungsgeräte um 19,0% unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Auch diese Entwicklung haben wohl nur wenige zutreffend wahrgenommen.

Alles in allem zeigt die Diskussion über den »Euro als Teuro«, dass die Ergebnisse der amtlichen Preisstatistik nicht unbescheiden auf die private Situation übertragen werden können. In den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Preisindex gehen alle Konsumausgaben der privaten Haushalte nach ihrer jeweiligen Bedeutung (an den gesamten Verbrauchsausgaben) ein. Der amtliche Warenkorb enthält nicht nur täglich gekaufte Güter (wie Lebensmittel), sondern auch die normalerweise monatlich gezahlte Wohnungsmiete und relativ selten gekaufte Gebrauchsgüter. Die subjektiv empfundene Inflation – gemessen an einem individuell zusammengestellten Warenkorb mit persönlicher Verbrauchsstruktur – wird daher in aller Regel von der amtlichen Inflationsrate abweichen.

Abb. 17

Entwicklung der Arbeitslosigkeit¹⁾ in Deutschland



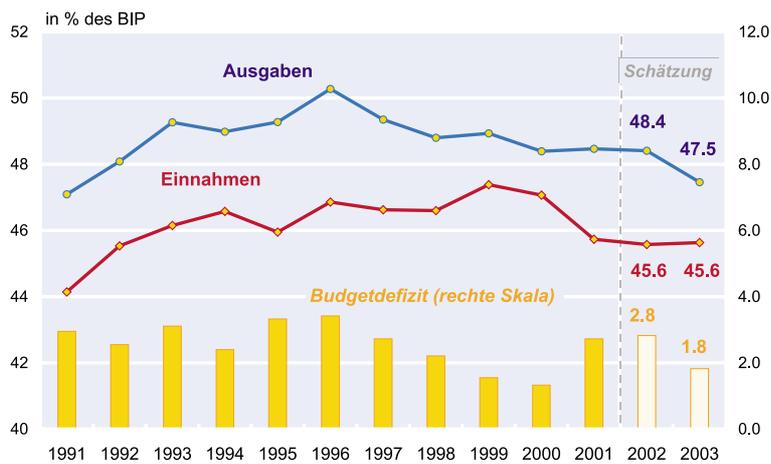
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2002).

Im kommenden Jahr wird die Erwerbstätigenzahl zügig steigen, im Jahresverlauf um reichlich eine Viertelmillion, im Jahresdurchschnitt um rund 180 000 (0,5%). Getragen wird der Beschäftigungsaufbau von den Unternehmen des Dienstleistungssektors, aber auch das verarbeitende Gewerbe wird von Quartal zu Quartal mehr und mehr zu dieser Entwicklung beitragen. Personalreduzierungen wird es weiterhin im Baugewerbe geben – mit gegenüber 2002 verringertem Ausmaß – und im Staatssektor, hier sogar wegen des notwendigen Sparkurses verstärkt.

Die Staatseinnahmen sind im vergangenen Jahr kräftig gesunken. Als Folge von Steuerreform und Konjunkturflaute war das Steueraufkommen massiv rückläufig. Gleichzeitig stiegen die Staatsausgaben (bereinigt um die UMTS-Erlöse im Jahr 2000) etwa im Ausmaß des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dadurch erhöhte sich die Defizitquote auf 2,7% des Bruttoinlandsprodukts und kam damit dem für die Euro-Länder festgelegten Höchstwert von 3% gefährlich nahe (vgl. Abb. 18).

Weil das deutsche Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 eine Defizitquote von nur 1½% vorgesehen hatte und die Schätzungen für das Defizit im Jahr 2002 keine Verbesserung signalisierten, drohte der Bundesregierung eine finanzpolitische Frühwarnung (»blauer Brief«) aus Brüssel. Um diese abzuwenden, sagte die Bundesregierung zu,

Abb. 18
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der VGR. 2002 und 2003: Schätzung des ifo Instituts (Stand Juli 2002).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

steuer kräftiger sprudeln. Zum anderen nehmen auch die Sozialversicherungsbeiträge stärker zu, weil viele Krankenkassen ihre Beitragssätze erhöhten und der Rentenversicherungsbeitrag – anders als in den Jahren 1999 bis 2001 – nicht noch einmal gesenkt wurde.

Auf der Ausgabenseite stehen dem aber Belastungen gegenüber durch höhere Transfers, weiter steigende Sachausgaben in der Sozialversicherung (insbesondere Krankenversicherung) und zunehmende Zinsausgaben. In erster Linie sind hier die Transferzahlungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zu nennen, die kräftig zunehmen. So dürfte zum Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit ein Bundeszuschuss von 3 1/2 bis 4 Mrd. € nö-

die Konsolidierungsbemühungen so zu verstärken, dass im Jahr 2004 eine Defizitquote von »nahezu null« erreicht wird.

Im Finanzplanungsrat wurde daraufhin für die Gebietskörperschaften ein Ausgabenpfad für die nächsten Jahre vereinbart, um die Zusage einhalten zu können. Nach diesem nationalen Stabilitätspakt sollen die Ausgaben des Bundes 2003 und 2004 um jeweils 1/2% sinken, die Ausgaben der Länder und Gemeinden um durchschnittlich nur 1% pro Jahr steigen. Diese Vorgaben machen zusätzliche Sparmaßnahmen gegenüber dem Status quo erforderlich, die wohl alle größeren Ausgabenkategorien erfassen werden.

Im Prognosezeitraum wird für 2002 noch keine Entspannung der prekären Situation erwartet. Zwar steigen die Einnahmen wieder schneller als 2001, weil zum einen die Steuereinnahmen nach Anhebung von Öko-, Tabak- und Versicherungsteuer, der Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts und der wieder voll greifenden Progression bei der Lohn-

Tab. 4
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002 (1)	2003 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ¹⁾				
Private Konsumausgaben	1,4	1,1	0,0	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,2	1,7	1,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-4,8	-1,9	2,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,7	-3,6	-3,4	6,3
Bauten	-2,5	-5,8	-0,6	-0,2
Inländische Verwendung	2,0	-1,0	-0,9	2,6
Exporte	13,2	4,7	3,4	5,9
Importe	10,0	0,1	-1,2	7,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,6	0,7	2,3
Westdeutschland und Berlin	3,3	0,6	0,7	2,3
Ostdeutschland	1,0	-0,1	0,3	2,1
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	38636	38703	38563	38743
Westdeutschland und Berlin ¹⁾	32367	32540	32473	32648
Ostdeutschland ²⁾	6269	6163	6090	6095
Arbeitslose (1000 Personen)	3889	3852	4035	3910
Westdeutschland und Berlin	2645	2593	2755	2650
Ostdeutschland	1244	1259	1280	1260
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	9,1	9,1	9,5	9,2
Westdeutschland und Berlin	7,6	7,4	7,8	7,5
Ostdeutschland	16,6	17,0	17,4	17,1
Verbraucherpreise ⁴⁾				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	2,5	1,4	1,3
Lohnstückkosten ⁵⁾				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0,2	1,2	1,4	0,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾				
- in Mrd. EUR ⁷⁾	23,9	-56,3	-60,0	-40,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts ⁸⁾	1,2	-2,7	-2,8	-1,8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA ⁹⁾	4,1	1,2	2,4	3,0
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan ¹⁰⁾	2,2	-0,5	0,4	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum ¹¹⁾	3,5	1,4	1,0	2,5
Verbraucherpreisindex im Euroraum ¹²⁾				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,5	2,0	1,8

1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Pendlersaldo ab 2001 geschätzt.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- g) Im Jahr 2000 einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. EUR.- h) HVPI-EWU 1996=100).

Quelle: BEA, ESRI, Eurostat, Statistisches Bundesamt, AK VGR der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

tig sein, statt der im Haushalt veranschlagten 2 Mrd. €, auch die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe werden um reichlich 1 Mrd. € über den geplanten Zahlungen liegen. Insgesamt wird das Finanzierungsdefizit des Staates auf rund 60 Mrd. € steigen, was in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2,8% sind (vgl. Tab. 4). Der Staat hat also keinen Spielraum, um mit zusätzlichen Ausgaben eventuellen Konjunkturschwächen entgegenzuwirken.

Erst 2003 wird die Defizitquote deutlich sinken, sie dürfte bei 1,8% des Bruttoinlandsprodukts liegen. Unter der Voraussetzung, dass die erwarteten Sparmaßnahmen durchgeführt werden – so ist unterstellt, dass die Bundesanstalt für Arbeit ohne Bundeszuschuss auskommt –, steigen die Ausgaben im kommenden Jahr um 1,3% und damit deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. Die Staatsquote sinkt um knapp einen Prozentpunkt auf 47,5%. Die Einnahmen nehmen bei wieder anziehender Konjunktur um 3,4% zu. Überdurchschnittlich steigen insbesondere die Gewinnsteuern, doch auch die Lohnsteuer der Arbeitnehmer erhöht sich trotz der nächsten Stufe der »Steuerreform 2000« stärker als im laufenden Jahr, weil die Beschäftigung wieder zunimmt und die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer kräftiger expandieren.

Ostdeutschland

Produktion

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ist seit einigen Jahren sehr unbefriedigend. Letztmals im Jahr 1997 war das Wirtschaftswachstum im Osten größer als im

Westen. Insbesondere die Strukturanpassungskrise in der ostdeutschen Bauwirtschaft sorgte seitdem dafür, dass sich die Schere zwischen den beiden Teilen des Landes wieder öffnete, denn in allen Wirtschaftsbereichen ohne das Baugewerbe stieg die reale Bruttowertschöpfung von 1997 bis 2001 mit durchschnittlich 3,0% p.a. spürbar schneller als in den alten Ländern (2,5% p.a.) – einschließlich Baugewerbe betragen die durchschnittlichen Veränderungsraten der realen Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum dagegen 1,4 bzw. 2,4%.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern dürfte mit 0,3% im laufenden Jahr und 2,1% im kommenden Jahr erneut etwas langsamer als in Westdeutschland (einschließlich Berlin) steigen (0,7 bzw. 2,3%; vgl. Tab. 5). Weit überdurchschnittlich expandiert in Ostdeutschland, wie schon seit ein paar Jahren, das verarbeitende Gewerbe. Die Schwäche der Industriekonjunktur führte hier – anders als in Westdeutschland – nicht zu scharfen Produktionseinbrüchen, sondern lediglich zu einem flacheren Wachstumspfad. In diesem Bereich rechnen wir mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 2% (2002) und um 7% (2003). Bremsend wirkt weiter die Bautätigkeit, wengleich das Minus mit 5% in diesem und 3,5% im kommenden Jahr wesentlich geringer als 2001 (11,5%) ausfällt. Angesichts der ohnehin sehr angespannten Finanzlage und der für das Jahr 2003 – hier erwarteten – noch verstärkten Konsolidierungsanstrengungen wird die Beschäftigung im Bereich der öffentlichen Dienstleister weiter sinken, deswegen ist in diesem Sektor ein leichter Rückgang der Wertschöpfung zu erwarten. Angesichts deutlich steigender Realeinkommen und nicht mehr sinkender Beschäftigung wird sich die Nachfrage bei den mehr konsumorientierten Dienstleistungssparten im Jahr 2003 spürbar erhöhen. In diesen Bereichen blieb die Expansion in den Jahren seit 2000 in den neu-

Tab. 5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in West- und Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2001			2002			2003		
	Deutsch- land	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutsch- land	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutsch- land	West ¹⁾	Ost ²⁾
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,2	-0,9	8,6	-0,2	-0,4	0,6	-0,2	-0,8	1,7
Produzierendes Gewerbe	-1,3	-1,3	-1,7	-0,8	-0,8	-0,4	3,1	3,1	3,2
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	0,1	-0,3	5,3	-0,7	-0,9	2,0	4,3	4,0	7,0
Baugewerbe	-6,6	-5,2	-11,5	-1,6	-0,7	-5,0	-0,7	0,0	-3,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,3	2,3	2,5	2,1	2,2	1,4	4,0	4,0	4,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2,9	3,0	2,0	3,3	3,3	3,2	3,6	3,6	3,7
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	0,7	-1,2	-0,1	0,0	-0,7	-0,8	-0,8	-0,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,0	1,1	0,3	1,2	1,2	0,8	2,6	2,7	2,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	-0,1	0,7	0,7	0,3	2,3	2,3	2,1

1) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - 2) Neue Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Tab. 6
Erwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen

	2001			2002			2003		
	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-2,3	-1,1	-6,6	-0,4	-0,5	-0,1	-0,5	-0,8	0,5
Produzierendes Gewerbe	-1,6	-0,9	-5,4	-2,9	-2,7	-3,9	-0,7	-0,6	-1,4
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	0,3	0,3	0,4	-2,7	-2,8	-1,4	-0,1	-0,3	2,0
Baugewerbe	-6,5	-4,3	-11,9	-3,4	-2,1	-7,1	-2,6	-1,6	-5,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,3	0,5	-1,0	-0,1	0,3	-2,7	1,3	1,5	0,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,4	3,5	2,4	3,3	3,3	3,3	3,5	3,6	3,5
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	0,7	-0,7	0,0	0,0	-0,3	-0,7	-0,8	-0,6
Alle Wirtschaftsbereiche	0,2	0,6	-2,0	-0,4	-0,2	-1,4	0,5	0,6	-0,1

1) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - 2) Neue Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

en Ländern deutlich hinter der im früheren Bundesgebiet zurück, worin sich wohl auch die gegenläufige Bevölkerungsentwicklung widerspiegelt.

Arbeitsmarkt

Im Jahr 2002 verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern nochmals, die Erwerbstätigkeit erreicht das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung, die Arbeitslosigkeit den höchsten Wert. Besonders im produzierenden Gewerbe gehen erneut Arbeitsplätze verloren. Auch die öffentlichen und privaten Dienstleister reduzieren ihre Belegschaften. Der einzige große Wirtschaftssektor, der seine Beschäftigung ausweitet, ist der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Anders als in den Wahljahren 1994 und 1998 wurde das Beschäftigungsniveau nicht durch eine rasante Ausweitung von Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen kurzzeitig erhöht. Zur Jahresmitte 2002 waren sogar knapp 12 000 Personen weniger in ABM bzw. SAM als zu Jahresbeginn, die Vergleichszahlen lauten + 66 000 (1994) und + 150 000 (1998). Insgesamt sinkt die Erwerbstätigenzahl im Inland im Jahresdurchschnitt um etwa 85 000 (1,4%; vgl. Tab. 6).

Bei wieder stärkerem Wirtschaftswachstum werden sich im kommenden Jahr die Beschäftigungszuwächse in einigen Branchen (wie verarbeitendes Gewerbe und Unternehmensdienstleister) und die Arbeitsplatzverluste in anderen (z.B. Baugewerbe und Staat) etwa kompensieren. Angesichts des Unterhangs zum Jahreswechsel 2002/2003 bedeutet das eine langsame Ausweitung der Erwerbstätigenzahl im Jahresverlauf.

Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland (ohne Berlin) hat sich im bisherigen Jahresverlauf sehr ungünstig entwickelt. Auch wenn man Sondereffekte in den letzten beiden Mona-

ten wie Arbeitskämpfe und Ferientermine berücksichtigt, bleibt die negative Tendenz bestehen. Im Durchschnitt des Jahres 2002 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den neuen Bundesländern bei 1,28 Mill. liegen; sie wird damit um reichlich 20 000 höher sein als im vergangenen Jahr (vgl. Tab. 7).¹³ Dieser Anstieg ist erheblich geringer als die Abnahme der Erwerbstätigenzahl, weil das Erwerbspersonenpotential rückläufig ist. Mit der zunehmenden Belebung der Produktionstätigkeit wird die Arbeitslosenzahl im Jahr 2003 wieder sinken und zwar um ca. 20 000.

Zum Stand der Konvergenz: Ausgewählte Indikatoren

Das Zurückbleiben der neuen Bundesländer im Wirtschaftswachstum seit 1998 im Vergleich zum früheren Bundesgebiet hat die Hoffnung auf ein rasches Aufholen zunichte gemacht. In den vergangenen vier Jahren ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland (einschließlich Berlin) um 1% p.a. stärker gewachsen. Statt aufzuholen fielen die neuen Bundesländer also wieder zurück.

Stellt man, wie es bei internationalen Querschnittsvergleichen üblich ist¹⁴, die Wirtschaftskraft einer Region durch die Größe (nominales) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner dar, so lassen sich zwei Phasen nach der Wiedervereinigung unterscheiden: In den ersten fünf Jahren verrin-

¹³ Die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Zahl dürfte bei ca. 1,415 Mill. und damit um mehr als 40 000 über dem Vorjahr liegen, weil dort der Ostteil Berlins mit den neuen Bundesländern zusammengefasst wird. Abgesehen davon, dass die Aussagefähigkeit dieser Zahl eingeschränkt ist, weil sich durch mehrere Umorganisationen der Arbeitsamtsbezirke in Berlin die regionale Zugehörigkeit einzelner Berliner Stadtteile in den letzten Jahren geändert hat, entspricht die hier vorgenommene Aufteilung auch der die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Erwerbstätigenrechnung der Länder üblich ist.

¹⁴ Bei Quervergleichen ist die Bewertung der Wirtschaftsleistung in Preisen der Berichtsperiode angemessen, weil sie die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regionen am besten wiedergibt (vgl. Hauf 1997).

Tab. 7
Arbeitsmarktentwicklung in West- und Ostdeutschland

	2001			2002			2003		
	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾	Deutschland	West ¹⁾	Ost ²⁾
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	38773	32974	5799	38633	32918	5715	38815	33105	5710
Pendlersaldo (1000 Personen) ¹⁾	-70	-434	364	-70	-445	375	-72	-457	385
Erwerbstätige Inländer (1000 Personen)	38703	32540	6163	38563	32473	6090	38743	32648	6095
Arbeitslose (1000 Personen)	3852	2593	1259	4035	2755	1280	3910	2650	1260
Arbeitslosenquote ²⁾ (in %)	9,1	7,4	17,0	9,5	7,8	17,4	9,2	7,5	17,1

1) Ab 2001 geschätzt. - 2) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

gerte sich der Abstand in der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung zwischen den beiden Teilen Deutschlands rasch; von einem Ausgangswert in Höhe von 33,4% (des Westniveaus) im Jahr 1991 stieg die Wirtschaftskraft in den neuen Ländern bis 1996 auf 61,7%. In den folgenden fünf Jahren stagnierte dann aber der Aufholprozess, die Ost-/West-Relation lautete im Jahr 2001 ebenfalls 61,7% (vgl. Tab. 8).

Erheblich günstiger – aus der Sicht der ostdeutschen Bevölkerung – verlief seit der Wiedervereinigung die Konvergenz der Relationen der verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen. Standen hier im Jahr 1991 jedem Einwohner durchschnittlich 56 1/2% des Westniveaus zur Verfügung, so stieg diese Relation zuletzt auf knapp 82%.¹⁵ Berücksichtigt man

zusätzlich das unterschiedliche Preisniveau in den beiden Landesteilen, dann ist der Einkommensunterschied noch weiter geschrumpft: Die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens je Einwohner lag in Ostdeutschland im Jahr 2000 durchschnittlich nur noch um 11% unter derjenigen in Westdeutschland. Doch auch für diese Zeitreihe lässt sich ab dem Jahr 1996 Stagnation konstatieren.

Nach Einkommensarten differenziert ergibt sich in nominaler Betrachtung folgendes Bild: Die Anpassung der ostdeutschen Tariflöhne an die westdeutschen ist schon sehr weit fortgeschritten. Ende 2001 lag der Durchschnittswert bei den Grundentgelten bei 91 1/2%; seither wurden in einigen Tarifbereichen weitere Anpassungsschritte vereinbart (z.B. im öffentlichen Dienst von 88,5 auf 90% ab 1. Januar 2002 und auf 91,5% ab 1. Januar 2003; bei der Deutschen Post von 97 auf 100% ab 1. Januar 2002, bei der Deutschen Bahn von 89 auf 90% ab 1. Januar 2002, in der chemischen Industrie Stufenerhö-

¹⁵ Amtliche Angaben zu den Einkommen nach einzelnen Bundesländern liegen nur bis zum Jahr 2000 vor.

Tab. 8
Indikatoren für den Aufholprozeß in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Westdeutschland = 100										
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,0	61,1	61,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (in jeweiligen Preisen) je Einwohner	56,5	62,4	70,0	74,0	77,8	80,8	80,9	80,6	81,9	81,6	-
nachrichtlich: um Kaufkraftunterschiede bereinigt 1)	74,0	72,8	77,5	81,4	85,5	88,1	88,0	87,3	89,0	88,9	-
Empfangene monetäre Sozialleistungen je Einwohner	94,3	103,8	111,7	108,6	110,7	113,5	118,7	120,0	121,5	122,5	-
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	34,9	48,3	59,4	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,3	68,9	70,6
darunter: im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe 2)	24,1	34,8	47,8	53,4	56,5	63,6	65,7	67,2	69,9	71,7	75,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,3	77,5	77,6
darunter: im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	38,7	52,5	57,5	65,2	68,3	69,3	68,9	69,1	69,3	69,0	69,4
Reale Lohnstückkosten 3)	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,7	113,2	112,5	110,0
darunter: im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	160,9	150,9	120,3	122,1	120,9	109,1	104,9	102,9	99,2	96,3	91,9

1) Berechnet aus dem geometrischen Mittel der Verbrauchergeldparitäten nach ostdeutschem bzw. - westdeutschem Warenkorb von 1991. 2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - bzw. die Bruttowertschöpfung - in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 9
Fakturierte Währungen in der deutschen Ausfuhr im 3. Quartal 2001
 – Ergebnisse in Gegenüberstellung: Alte (W) und Neue (O) Bundesländer –

Wirtschaftsbereiche	Euro	Sonst. Währ. i.d. Eur. Währ. Union ^{a)}	Pfund Sterling	US-Dollar	Yen	Andere Währungen	Alle Währungen
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	W: 56,5 O: 63,7	W: 14,2 O: 28,4	W: 3,5 O: 1,5	W: 18,5 O: 4,2	W: 2,9 O: -	W: 4,4 O: 2,2	W: 100 O: 100
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	W: 82,6 O: 74,5	W: 7,6 O: 22,4	W: 2,8 O: -	W: 5,4 O: 0,3	W: 0,5 O: 0,0	W: 1,1 O: 2,8	W: 100 O: 100
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	W: 41,9 O: 51,3	W: 44,6 O: 28,9	W: 4,3 O: 1,2	W: 6,5 O: 18,5	W: 0,1 O: -	W: 2,6 O: -	W: 100 O: 100
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	W: 25,4 O: 100	W: 54,0 O: -	W: 8,1 O: -	W: 11,8 O: -	W: - O: -	W: 0,7 O: -	W: 100 O: 100
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt							
ungewichtete	W: 74,2	W: 10,3	W: 3,1	W: 9,1	W: 1,2	W: 2,1	W: 100
Berichtskreisergebnisse	O: 67,4	O: 25,8	O: 0,8	O: 3,7	O: 0,0	O: 2,3	O: 100
strukturbereinigt ^{a)}	W: 69,2	W: 15,3	W: 3,4	W: 9,0	W: 1,0	W: 2,1	W: 100

^{a)} Belgische, Luxemburgische und Französische Francs, D-Mark, Italienische Lire, Finnmark, Griechische Drachmen, Holländische Gulden, Irische Pfund, Österreichische Schilling, Portugiesische Escudos, Spanische Peseten. - ^{b)} Zusammengewichtung der Wirtschaftsbereiche mit den jeweiligen Auslandsumsätzen.

Quelle: Erhebung des ifo Instituts vom Herbst/Winter 2001/2002.

hungen von jeweils 2,8% zum 1. Oktober 2002 und 1. Oktober 2003 als Angleichungsfaktor). De facto ist der Lohnabstand aber noch deutlich größer, weil im Westen die Arbeitszeiten in vielen Branchen kürzer sind, weil Urlaubs- und Weihnachtsgelder höher sind und weil mehr Arbeitnehmer diese Sonderzahlungen erhalten. Schließlich wird in den alten Bundesländern häufiger übertariflich entlohnt. Deshalb liegen die effektiven Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in den ostdeutschen Bundesländern derzeit immer noch um mehr als 22% unter den westdeutschen Werten.

Im Vergleich zur Arbeitsproduktivität¹⁶, die bei knapp 71% des Westniveaus liegt, sind daher die (realen) Lohnstückkosten in Ostdeutschland immer noch um 10% höher als im Westen. Insofern haben die neuen Bundesländer – gesamtwirtschaftlich gesehen – weiterhin einen Lohnkostennachteil. Ein Teil davon kann sicher auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden (vgl. Leibfritz et al. 2001, S. 26 f.), denn im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) sieht es günstiger aus: Hier sind die Lohnstückkosten inzwischen sogar um reichlich 8% niedriger als im Westen, nachdem sie im Jahr 1995 noch um 21% darüber lagen.

Auffallend ist schließlich, dass die Bürger in den neuen Bundesländern bereits seit 1992 im Durchschnitt höhere (Brutto-)Einkommen aus sozialen Transfers empfangen als Bewohner im früheren Bundesgebiet. Das resultiert im Wesentlichen aus den höheren öffentlichen Leistungen für Arbeitslose (zwar ist das durchschnittlich pro Arbeitslosen gezahlte Arbeitslosengeld niedriger als im Westen, die Arbeitslosenquote ist aber deutlich höher), und für die Ruheständler (im Osten sind die

Erwerbsbeteiligung und auch die durchschnittlichen gesetzlichen Altersbezüge je Rentner schon seit Jahren höher als im Westen). Wenngleich die Abgaben auf Sozialleistungen¹⁷ etwas höher als im früheren Bundesgebiet sein dürften, so verbleibt auch in der Nettobetrachtung doch ein Vorsprung für die Einwohner in den neuen Bundesländern.

Exkurs: Fakturierte Währungen in der deutschen Ausfuhr

Die Ergebnisse der ifo Erhebung »Fakturierte Währungen in der deutschen Ausfuhr« können hinsichtlich der starken Euroaufwertung gegenüber dem US-Dollar Hinweise über deren Auswirkung auf die deutsche Ausfuhr liefern.¹⁸ Die Ergebnisse der Befragung von west- und ostdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zeigen, dass im dritten Quartal 2001 etwa zwei Drittel der ostdeutschen und nahezu drei Viertel der westdeutschen Industrieexporte in Euro fakturiert wurden (vgl. Tab 9). Zusätzlich fakturierten die befragten westdeutschen Firmen 10,3% ihrer Ausfuhr in sonstigen Währungen der Europäischen Währungsunion, die ostdeutschen Unternehmen meldeten sogar einen Anteil von 25,8%. Der Anteil der in US-Dollar bewerteten Ausfuhr wurde von den befragten westdeutschen Firmen lediglich auf 9,1%, von ostdeutschen Firmen auf 3,7% beziffert. Sieht man von einem

¹⁶ Hier gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

¹⁷ Hier handelt es sich in erster Linie um Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge für Renten, die sowohl die Rentenversicherer als auch die Rentenbezieher zu zahlen haben sowie um Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsbezieher abführen muss.

¹⁸ Das ifo Institut führt im Auftrag der Deutschen Bundesbank zweimal jährlich, jeweils im ersten und im dritten Quartal, Umfragen über die bei der deutschen Ausfuhr fakturierten Währungen und über die damit im Zusammenhang stehenden Merkmale durch. Die neueste Unternehmensbefragung zum dritten Quartal 2001 wurde im Herbst/Winter 2001/2002 durchgeführt.

Tab. 10
Absicherung von Fremdwährungsforderungen im 3. Quartal 2001
– Ergebnisse in Gegenüberstellung: Alte (W) und Neue (O) Bundesländer –

Wirtschaftsbereiche	Unternehmen mit Fremdwährungsforderungen	Unternehmen mit Absicherungsmaßnahmen	... % der Fremdwährungsforderungen sind ...		
			in % ^{a)}	in % ^{b)}	... abgesichert (insgesamt):
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	W: 84,5 O: 75,0	W: 41,8 O: 22,2	W: 71,0 O: 32,6	W: 71,5 O: 73,0	W: 28,5 O: 27,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	W: 81,0 O: 77,5	W: 28,9 O: 16,1	W: 19,1 O: 1,1	W: 97,8 O: 17,6	W: 2,2 O: 82,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	W: 76,6 O: 65,0	W: 22,1 O: 23,1	W: 37,8 O: 1,9	W: 83,8 O: 4,0	W: 16,2 O: 96,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	W: 64,0 O: 100,0	W: 12,5 O: 0,0	W: 45,8 O: 0,0	W: 73,6 O: -	W: 26,4 O: -
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt					
ungewichtete Berichtskreisergebnisse	W: 79,8 O: 74,2	W: 9,9 O: 19,4	W: 33,9 O: 16,3	W: 82,8 O: 67,9	W: 17,2 O: 32,1

a) Bezogen auf alle Unternehmen des Berichtskreises. - b) Bezogen auf die Unternehmen mit Fremdwährungsforderungen.

Quelle: Erhebung des ifo Instituts vom Herbst/Winter 2001/2002.

weiter fortschreitenden Übergang von der D-Mark- zur Euro-Fakturierung ab, blieb die Struktur der beim Export fakturierten Währungen im verarbeitenden Gewerbe gegenüber den letzten Umfragen insgesamt gesehen ziemlich stabil und daher für die künftige Exportfakturierung weiterhin aussagekräftig. Außerdem wurden die Firmen bezüglich ihrer Absicherung von Fremdwährungsforderungen befragt (vgl. Tab. 10). Gut ein Drittel der westdeutschen Firmen des verarbeitenden Gewerbes sicherte seine Fremdwährungsforderungen – hauptsächlich durch Devisentermingeschäfte – ab, während in Ostdeutschland lediglich ein Sechstel der Firmen Absicherungsgeschäfte abschloss.

Diese Unternehmensbefragung unterstreicht, dass der überwiegende Teil des deutschen Außenhandels in der europäischen Einheitswährung fakturiert wird und damit nun keinem Wechselkursrisiko mehr unterliegt. Im laufenden Jahr wird sich das Exportklima für die deutsche Industrie durch die Euroaufwertung daher nicht gravierend ändern oder konjunkturell auswirken. Zudem sind keine außerordentlichen Auswirkungen auf die Gewinne der Unternehmen zu erwarten, die in die USA exportieren oder ihre Ausfuhren in US-Dollar fakturieren, da insbesondere große Unternehmen Kurssicherungsgeschäfte abschließen. Langfristig kann der Anstieg des Wechselkurses jedoch sehr wohl negative Auswirkungen auf die deutsche Warenausfuhr haben, insbesondere wenn sich die Weltkonjunktur – anders als erwartet – stark abschwächen sollte.

Abgeschlossen am 30. Juli 2002

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2001), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001 (Gemeinschaftsdiagnose)«, *ifo Schnelldienst* 54 (20), 3–43.
- Hauf, St. (1997), »Volkswirtschaftliche Lohnstückkosten und ihre Komponenten«, *Wirtschaft und Statistik* (8), 523–535
- Deutsche Bundesbank (2002), *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, April.
- Leibfritz, W., W. Nierhaus und W. Meister (2001), »Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland«, *ifo Dresden berichtet* 8 (4), 8–32.
- Leibfritz, W. et al. (1997), »Trotz höherer Risiken: Aufschwung setzt sich fort«, *ifo Wirtschaftskonjunktur* 49 (12), A1–A24.
- Nierhaus, W. (2001), »Zwei Indikatoren zur Beurteilung der Geldpolitik der EZB«, *ifo Schnelldienst* 54 (5), 47–49.

Anhang:

**Die wichtigsten Daten der
Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0.2	-0.4	0.5	-0.4	-0.3	0.2	0.7
Arbeitszeit	-0.7	-0.6	-0.4	-0.1	-1.1	-0.1	-0.6
Arbeitsstage 3)	-0.3	0.0	0.1	-0.7	0.7	-0.2	0.4
Arbeitsvolumen	-0.8	-1.0	0.2	-1.1	-0.8	-0.1	0.5
Produktivität 4)	1.4	1.7	2.1	0.8	2.5	2.5	1.8
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0.6	0.7	2.3	-0.3	1.7	2.3	2.3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1611.3	1636.8	1679.7	795.1	841.7	815.5	864.2
Private Konsumausgaben 5)	1218.1	1235.1	1273.7	602.2	632.9	619.8	653.9
Konsumausgaben des Staates	393.2	401.7	406.1	192.9	208.9	195.8	210.3
Anlageinvestitionen	417.8	410.9	423.1	195.1	215.8	200.7	222.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190.8	184.8	196.4	87.0	97.7	92.6	103.8
Bauten	227.0	226.1	226.6	108.0	118.1	108.1	118.5
Vorratsveränderungen 6)	-5.2	-18.1	-0.2	-3.0	-15.1	8.3	-8.5
Inländische Verwendung	2023.9	2029.6	2102.6	987.1	1042.5	1024.6	1078.0
Außenbeitrag	39.1	91.7	87.4	45.8	45.9	42.8	44.6
Exporte	721.4	750.8	798.1	366.5	384.3	388.4	409.7
Importe	682.3	659.1	710.7	320.7	338.4	345.6	365.1
Bruttoinlandsprodukt	2063.0	2121.3	2190.0	1032.9	1088.3	1067.4	1122.6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2.8	1.6	2.6	1.1	2.0	2.6	2.7
Private Konsumausgaben 5)	3.0	1.4	3.1	0.7	2.1	2.9	3.3
Konsumausgaben des Staates	2.3	2.2	1.1	2.5	1.9	1.5	0.7
Anlageinvestitionen	-4.6	-1.7	3.0	-4.6	1.1	2.9	3.0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3.4	-3.2	6.3	-7.5	1.0	6.4	6.2
Bauten	-5.7	-0.4	0.2	-2.0	1.2	0.1	0.3
Inländische Verwendung	0.3	0.3	3.6	-1.0	1.5	3.8	3.4
Exporte	5.6	4.1	6.3	1.4	6.8	6.0	6.6
Importe	1.0	-3.4	7.8	-6.7	-0.1	7.7	7.9
Bruttoinlandsprodukt	1.9	2.8	3.2	1.8	3.8	3.3	3.1

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1506.5	1511.1	1531.2	740.4	770.7	750.2	781.0
Private Konsumausgaben 5)	1120.9	1120.8	1141.0	547.9	573.0	557.2	583.8
Konsumausgaben des Staates	385.6	390.3	390.2	192.5	197.8	193.0	197.2
Anlageinvestitionen	420.8	412.7	424.1	196.0	216.7	201.5	222.6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	192.3	185.8	197.5	87.6	98.2	93.1	104.4
Bauten	228.5	227.0	226.5	108.4	118.5	108.3	118.2
Vorratsveränderungen 6)	-14.1	-27.3	-9.8	-9.2	-18.1	2.0	-11.8
Inländische Verwendung	1913.2	1896.5	1945.5	927.2	969.3	953.6	991.8
Außenbeitrag	66.4	96.8	93.9	49.0	47.9	45.5	48.4
Exporte	689.9	713.1	755.1	349.6	363.5	367.9	387.2
Importe	623.5	616.3	661.2	300.6	315.7	322.4	338.9
Bruttoinlandsprodukt	1979.6	1993.4	2039.3	976.2	1017.2	999.1	1040.2
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1972.7	1979.4	2026.3	968.7	1010.7	992.1	1034.2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.3	0.3	1.3	-0.3	0.9	1.3	1.3
Private Konsumausgaben 5)	1.1	0.0	1.8	-0.8	0.8	1.7	1.9
Konsumausgaben des Staates	1.7	1.2	0.0	1.2	1.3	0.2	-0.3
Anlageinvestitionen	-4.8	-1.9	2.7	-4.7	0.8	2.8	2.7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3.6	-3.4	6.3	-7.8	0.9	6.4	6.3
Bauten	-5.8	-0.6	-0.2	-2.1	0.7	-0.1	-0.3
Inländische Verwendung	-1.0	-0.9	2.6	-2.2	0.4	2.8	2.3
Exporte	4.7	3.4	5.9	1.6	5.1	5.2	6.5
Importe	0.1	-1.2	7.3	-3.9	1.6	7.2	7.3
Bruttoinlandsprodukt	0.6	0.7	2.3	-0.3	1.7	2.3	2.3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0.5	0.3	2.4	-0.8	1.4	2.4	2.3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.5	1.3	1.3	1.4	1.1	1.2	1.3
Private Konsumausgaben 5)	1.8	1.4	1.3	1.5	1.3	1.2	1.4
Konsumausgaben des Staates	0.6	0.9	1.1	1.3	0.6	1.2	1.0
Anlageinvestitionen	0.2	0.3	0.2	0.2	0.3	0.1	0.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0.3	0.2	0.0	0.3	0.1	0.1	-0.1
Bauten	0.2	0.3	0.4	0.1	0.5	0.2	0.6
Exporte	0.8	0.7	0.4	-0.2	1.6	0.7	0.1
Importe	1.0	-2.3	0.5	-2.9	-1.7	0.5	0.5
Bruttoinlandsprodukt	1.3	2.1	0.9	2.1	2.1	1.0	0.9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1567.2	1584.9	1638.4	774.5	810.4	798.5	839.9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	208.5	214.7	222.4	102.6	112.1	106.3	116.1
Bruttolöhne und -gehälter	901.3	917.9	946.6	430.3	487.6	443.8	502.9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	457.4	452.3	469.4	241.7	210.6	248.4	221.0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	175.2	198.6	204.7	90.4	108.1	96.2	108.5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1742.4	1783.5	1843.1	864.9	918.5	894.7	948.4
Abschreibungen	312.2	322.3	332.9	160.0	162.3	165.2	167.7
Bruttonationaleinkommen	2054.6	2105.8	2176.0	1024.9	1080.8	1059.9	1116.1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1531.1	1563.8	1610.4	755.3	808.5	778.9	831.5
Arbeitnehmerentgelte	1109.7	1132.6	1169.0	532.8	599.7	550.1	618.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	421.4	431.2	441.4	222.5	208.8	228.8	212.6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2.6	1.1	3.4	0.4	1.9	3.1	3.6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.0	3.0	3.6	2.5	3.5	3.7	3.5
Bruttolöhne und -gehälter	2.1	1.8	3.1	1.4	2.2	3.1	3.1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.8	2.3	2.7	1.9	2.6	2.9	2.4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3.2	1.6	2.2	1.5	1.6	2.3	2.1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4.4	-1.1	3.8	-2.3	0.3	2.8	4.9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-6.9	13.4	3.1	6.6	19.7	6.4	0.3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1.6	2.4	3.3	1.0	3.7	3.4	3.2
Abschreibungen	3.2	3.2	3.3	3.2	3.2	3.3	3.3
Bruttonationaleinkommen	1.8	2.5	3.3	1.3	3.6	3.4	3.3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1.7	2.1	3.0	0.7	3.5	3.1	2.8
Arbeitnehmerentgelte	1.9	2.1	3.2	1.6	2.4	3.2	3.2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1.2	2.3	2.4	-1.5	6.7	2.8	1.9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	935.0	955.6	976.2	457.2	498.4	467.4	508.8
Nettolöhne und -gehälter	589.5	596.4	612.3	278.6	317.8	285.6	326.7
Monetäre Sozialleistungen	416.7	433.1	438.7	215.2	217.8	219.4	219.4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	71.2	73.9	74.9	36.7	37.2	37.6	37.3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	457.4	452.3	469.4	241.7	210.6	248.4	221.0
Sonstige Transfers (Saldo)	-46.0	-42.2	-39.4	-21.3	-20.9	-20.2	-19.2
Verfügbares Einkommen	1346.4	1365.7	1406.2	677.6	688.1	695.6	710.6
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	9.9	10.8	11.8	5.0	5.8	5.5	6.3
Private Konsumausgaben 5)	1218.1	1235.1	1273.7	602.2	632.9	619.8	653.9
Sparen	138.2	141.5	144.3	80.4	61.1	81.3	63.0
Sparquote 7)	10.2	10.3	10.2	11.8	8.8	11.6	8.8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3.1	2.2	2.2	2.1	2.3	2.2	2.1
Nettolöhne und -gehälter	3.4	1.2	2.7	1.1	1.2	2.5	2.8
Monetäre Sozialleistungen	2.6	3.9	1.3	3.7	4.1	1.9	0.7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2.4	3.7	1.3	3.2	4.3	2.4	0.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	4.4	-1.1	3.8	-2.3	0.3	2.8	4.9
Verfügbares Einkommen	3.5	1.4	3.0	0.9	2.0	2.7	3.3
Private Konsumausgaben 5)	3.0	1.4	3.1	0.7	2.1	2.9	3.3
Sparen	8.1	2.4	2.0	2.5	2.1	1.1	3.1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	476.6	487.4	508.9	232.6	254.8	246.2	262.7
Sozialbeiträge	383.6	394.8	407.0	189.9	204.9	196.2	210.9
Vermögenseinkünfte	19.1	21.5	20.6	14.7	6.8	13.7	6.9
Sonstige Übertragungen	14.2	14.7	15.0	7.1	7.6	7.2	7.8
Vermögensübertragungen	8.5	8.6	8.7	4.6	4.0	4.6	4.0
Verkäufe	40.7	39.3	39.2	18.5	20.8	18.4	20.7
Sonstige Subventionen	0.9	0.9	0.9	0.4	0.5	0.4	0.5
Einnahmen insgesamt	943.5	967.1	1000.2	467.8	499.3	486.7	513.5
Ausgaben							
Vorleistungen	81.5	82.5	83.3	38.4	44.2	38.7	44.6
Arbeitnehmerentgelte	165.3	166.4	167.2	78.3	88.2	79.0	88.3
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	66.5	68.1	70.8	34.1	34.1	35.3	35.5
Subventionen	35.0	35.1	33.6	16.2	18.9	15.8	17.8
Monetäre Sozialleistungen	390.6	406.8	412.2	202.1	204.7	206.2	206.1
Soziale Sachleistungen	157.6	162.3	164.8	79.6	82.7	81.3	83.5
Sonstige Transfers	34.0	36.7	39.9	18.3	18.4	18.6	21.2
Vermögenstransfers	34.5	35.9	36.3	18.2	17.7	18.7	17.6
Bruttoinvestitionen	36.1	34.5	33.2	15.5	18.9	14.9	18.3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern 8)	-1.4	-1.3	-1.1	-0.6	-0.7	-0.5	-0.6
Ausgaben insgesamt	999.8	1027.1	1040.2	500.1	527.0	507.9	532.3
Finanzierungssaldo	-56.3	-60.0	-40.0	-32.3	-27.7	-21.2	-18.8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-4.4	2.3	4.4	-1.5	6.0	5.8	3.1
Sozialbeiträge	1.4	2.9	3.1	2.6	3.3	3.3	2.9
Vermögenseinkünfte	49.1	12.5	-4.5	18.9	0.7	-7.0	1.0
Sonstige Übertragungen	3.8	3.3	2.0	4.3	2.4	2.0	2.1
Vermögensübertragungen	3.3	1.2	1.2	1.8	0.5	1.5	0.8
Verkäufe	-0.1	-3.4	-0.3	-3.5	-3.4	-0.4	-0.2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	-1.0	2.5	3.4	0.7	4.3	4.1	2.8
Ausgaben							
Vorleistungen	3.1	1.2	1.0	1.1	1.3	1.0	1.0
Arbeitnehmerentgelt	0.4	0.7	0.5	1.6	0.0	0.9	0.1
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-2.3	2.5	3.9	2.4	2.5	3.6	4.2
Subventionen	0.5	0.1	-4.2	-0.3	0.4	-2.4	-5.9
Monetäre Sozialleistungen	2.7	4.1	1.3	3.9	4.3	2.0	0.7
Soziale Sachleistungen	3.3	3.0	1.5	2.9	3.1	2.0	1.0
Sonstige Transfers	-2.3	8.1	8.5	11.4	5.1	1.8	15.1
Vermögenstransfers	12.6	4.0	1.3	8.0	0.2	2.9	-0.2
Bruttoinvestitionen	-2.5	-4.5	-3.8	-2.4	-6.2	-4.1	-3.5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	7.6	2.7	1.3	3.1	2.4	1.6	1.0
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-2.7	-2.8	-1.8	-3.1	-2.5	-2.0	-1.7

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

8) Im Jahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettozugang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. EUR.